

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Schick-Konto Hannover Nr. 37615  
Siro-Konto Bank der Arbeiter und  
Angestellten, Berlin S 14, Wollfstr. 65

Abonnementspreis 6 Werten Vierteljahr. — M. 6, d. die Post 1,50 M. Einzel-Nr. 50 Pf.  
Anzeigenpreis: Die 25 Millimeter breite Millimeterzeile oder deren Raum 25 Pf.



Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Limberg, Essen. Druck: G. Hansmann & Co., Bochum  
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Sternhauser Straße 58-62

Telefonnummern: 1300, 1301  
Telegraph: Arbeiterverband Bochum

### Kampfjahre.

„Das Leben des Menschen währt 70 Jahre, und wenn es hoch kommt, sind es 80 Jahre, und wenn es köstlich gewesen ist, dann ist es Mühe und Arbeit gewesen.“

Wie ein Ton aus dem Paradies muten diese biblischen Worte an, wenn man sie mit dem Leben des modernen Proletariats vergleicht.

Nicht 70 und 80 Jahre währt das Leben des Arbeiters, sondern das Durchschnittsalter der deutschen Bevölkerung liegt bei 60 Jahren, das des Bergmanns bei 50 Jahren. Mit 50,5 Jahren wird der deutsche Bergmann im Durchschnitt, mit 46,1 Jahren der an der Ruhr invalide. Von 1000 Gestorbenen sind in Deutschland 206 unter einem Jahre, 255 unter 5 Jahren.

Für den Bergmann ist das Kapitel Krankheit und Unfall ein besonders trauriges. Im Durchschnitt der Reichs-knappschafft kamen Krankheitstage auf ein Mitglied

1913: 9,3      1925: 21,2      1926: 24,8

Auf dem Gebiete der Unfälle steht es nicht viel besser:

Trotz aller Arbeit der Organisationen, trotz allen guten Willens der Bergbehörden schafft der deutsche Bergbau noch immer

ein Meer von Blut und Tränen!

Man sehe sich nur die Unfallstatistik des preussischen Bergbaues für die ersten drei Vierteljahre 1927 an:

**Unfälle in den wichtigsten Steinkohlenbezirken Preußens in den ersten drei Vierteljahren 1927.**

Oberbezirke:	insgesamt		auf 1000	auf 1000	auf 1000	auf 1000
	1. Viertelj.	2. Viertelj.				
1. Westfalen:	1598	88,7	37	0,7	597	11,5
2. " "	5000	103,2	28	0,6	600	13,8
3. " "	5179	109,1	30	0,6	730	15,8
Niederschlesien:	2222	71,6	11	0,5	501	19,9
1. Viertelj.	1811	65,7	15	0,5	553	20,1
2. " "	1855	69,1	22	0,8	522	19,5
Dortmund:	22051	57,3	211	0,6	701	19,3
1. Viertelj.	19075	51,8	181	0,5	598	16,3
2. " "	20961	58,9	196	0,6	6180	17,1
Ruhr:	550	33,9	10	0,6	220	13,6
1. Viertelj.	569	35,9	6	0,1	189	12,1
2. " "	511	35,1	7	0,5	189	12,2
Wachen:	1289	57,1	16	0,7	270	12,1
1. Viertelj.	1181	67,7	7	0,3	307	18,2
2. " "	1651	78,2	11	0,7	101	19,0

Das sind 89 098 Unfälle in den wichtigsten Steinkohlenbezirken gegen 73 444 in den ersten drei Vierteljahren 1926! Das sind 15 654 Unfälle mehr in der gleichen Zeit! Die tödlichen Unfälle haben sich nur um 3 vermehrt.

Die gesamten Unfälle im preussischen Bergbau (Steinkohle, Braunkohle, Kali, Erz usw.) zeigen folgendes Bild:

Oberbergamtsbezirk	insgesamt	tödtlich
1. Vierteljahr	7162	53
2. " "	7110	50
3. " "	7895	55
Oberbergamtsbezirk Halle:		
1. Vierteljahr	2499	15
2. " "	2298	21
3. " "	2126	12
Oberbergamtsbezirk Clausthal:		
1. Vierteljahr	619	15
2. " "	565	13
3. " "	585	9
Oberbergamtsbezirk Dortmund:		
1. Vierteljahr	22039	215
2. " "	19081	182
3. " "	20968	196
Oberbergamtsbezirk Bonn:		
1. Vierteljahr	3165	12
2. " "	3241	33
3. " "	3119	37

Das sind 102 983 Unfälle gegen 86 369 in der gleichen Zeit des Vorjahres.

davon 951 tödliche gegen 929 im Vorjahr, also 16 614 Unfälle und 22 tödliche Unfälle mehr! Die Belegschaft hatte sich dabei 1927 gegen 1925 erheblich vermindert.

Gegenüber diesen noch immer ungeheuerlichen Opfern ist **Arbeitszeit und Entlohnung der Bergleute**

trotz der Fortschritte des letzten Jahres, noch immer menschenunwürdig! In unterirdischer Hölle, bedroht von Stein- und Kohlenfall, von Giftluft und Explosionsgefahr, im nervenzerrüttenden Getöse sich stets vermehrender Arbeitsmaschinen schuftet der Bergmann. Ein raffiniertes Arbeitssystem hat seine Arbeit vor Ort länger

gestaltet, wie sie vor dem Kriege war. Und allen Reformversuchen setzt die Profitgier der Unternehmer stärksten Widerstand entgegen, unterstützt oft von Staatsgewalt, immer aber unterstützt von Dummheit und Feigheit von Hunderttausenden von Arbeitern, denen noch immer nicht das Bewußtsein ihrer Unentbehrlichkeit im Produktionsprozeß, ihrer naturgemäß daraus erwachsenden Macht aufgegangen ist!

Noch immer ist das Versprechen uneingelöst, bei besserer wirtschaftlicher Lage die 1923/24 aufgezwungene längere Arbeitszeit zu reduzieren.

Noch immer steht der Lohn des deutschen Bergmanns tief unter dem anderer gefährlicherer Arbeit!

Victor Kalinowski

### Wir schreiten!

Und gab uns auch das alte Jahr  
S:in Malz an Leid und Sorgen:  
Vergessen sei, was gestern war,  
Wir schreiten in das Morgen!

Wir schreiten ohne Aufenthalt  
Auf ungezählten Wegen  
Trotz Dorn und Stein und Schlucht und  
Dem einen Ziel entgegen: [Spalt

Der Arbeit mit geeinter Kraft  
All-G:etung zu erzwingen —  
Der Menschheit, die den Segen schafft,  
Gerechtigkeit zu bringen!

Wir schreiten in das Morgenrot  
Erfüllungschwanger Tage.  
Sie bringen uns viel Sturm und Not,  
Viel Drangsal noch und Plage.

Doch einst beschreitet ein Geschlecht  
Den Sonnenfirm der Erde,  
Verkündend, dass das Menschenrecht  
Für alle herrschen werde.

So müssen wir in Sturm und Brand  
Den Endsieg vorbereiten,  
Damit ins neue Menschenland  
Auch unsre Werke schreiten.

Brachte das verfloßene Jahr auf diesen Gebieten Erfolge, die wir nicht verkleinern wollen, so bleibt das Wesentliche doch noch zu tun! An der Ruhr und in allen anderen Revieren gilt, im Jahre 1928 für menschenwürdigen Lohn zu kämpfen! Nur eine stärkere Organisation kann diesen Kampf wie den um erträgliche Arbeitszeit zu einem guten Ende führen. Deshalb ist die

**systematische Stärkung des Verbandes die Aufgabe für 1928!**

Darüber hinaus ist das Jahr 1928 ein wirtschaftlich-politisches Kampfjahr! Die Unternehmer schufen Millionenfonds zum Kampf gegen die Arbeiterklasse. Sie beherrschen der Verfassung der deutschen Republik verträglich ist, Gesetzgebung und Verwaltung. Die Parlamente und Behörden sind nur zu oft willfährige Kapitalstnechte, weil die armen Leute den Boß zum Götter machen!

Der Lohn des Arbeiters ist heute ein politischer Lohn. Was er dafür kaufen kann, wird wesentlich von der Steuer- und Zollpolitik, von Gesetzen aller Art bestimmt. Und diese Gesetzgebung überlassen Millionen von Arbeitern und Arbeiterfrauen ihren Klassengegnern, indem sie ihnen bei Wahlen ihre Stimme geben.

**Der Kampf um die Herrschaft im Staat**

wird von der Unternehmerklasse systematisch geführt. Die Spitzenverbände der Industrie, der Banken, des Groß- und Einzelhandels und des Handwerks gaben der Reichsregierung ein Notprogramm, dessen sofortige Durchführung sie verlangen. Darin fordern sie:

1. Die Ausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden und Kommunalverbänden sind bereits 1928 gegenüber dem Etat für 1927 erheblich zu kürzen, das Reich hat mit den reinen Reichsausgaben mit einer Kürzung von 6 Prozent begonnen.
2. Dem Reichsfinanzminister ist gegenüber dem Reichstag das Einspruchsrecht gegen etwaige Etatserhöhungen bezw. Nachtragserhöhungen einzuräumen.

3. Ueber die bekannten Veröffentlichungen der Voranschläge, Einnahmen und Ausgaben hinaus müssen Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände mit sofortiger Wirkung verpflichtet werden, dem Reichsfinanzminister oder den von ihm zu bezeichnenden Stellen auf Anforderung jede notwendige Auskunft über ihre Vermögenslage, insbesondere über ihre Verpflichtung jeder Art, zu geben.

4. Dem Reichsfinanzminister ist das Recht zu gewähren, unter der Voraussetzung, daß der Haushaltsplan eines Landes die allgemeinen Richtlinien der Reichsfinanzpolitik verletzt, Einspruch gegen den Vollzug zu erheben.

5. Die Verwaltungsreform ist mit größter Beschleunigung in Angriff zu nehmen. Neben der bekannten Entscheidung, jede dritte freiwerdende Stelle nicht zu besetzen, ist eine Anordnung erforderlich, daß bis zur Erledigung der Verwaltungsreform auf allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung die Einstellung neuer Bewerber gehemmt wird.

6. Die Befugnisse des Reichspartei-Kommissars sind so zu erweitern, daß tatsächlich eine Gewähr für die Durchführung der von ihm als notwendig erachteten Sparmaßnahmen gegeben ist.

Das Programm enthält Forderungen nach Vereinfachung und Sparsamkeit in der Reichs-, Länder- und Gemeindeverwaltung, mit denen man grundsätzlich einverstanden sein könnte, wenn nicht ein schwerwiegendes Bedenken dem entgegenstände. Diese Kreise haben bislang gezeigt, daß sie auch den neuen Staat als Herrschaftsinstrument zum Schutz kapitalistischer Interessen erobern und ausbauen wollen. Wie die Schwerindustrie in der Frage der Arbeitszeit für die Hüttenindustrie vor einer schon lange angekündigten Revolte gegen den Staat und seine Gesetze nicht zurückschreckt, so haben die gesamten kapitalistischen Kreise seit Jahren einen

**Kampf gegen den Staat**

geführt, indem sie ihm die Mittel zu seiner Existenz durch Steuerabotage abschnitten und seine Hauptaufgabe, durch Sozialreform für körperliche und geistige Wiedergesundung des deutschen Volkes zu sorgen, mit allen Mitteln bekämpften. Diese Kreise betrachten den Staat nicht als eine organisierte Gemeinschaft der Staatsbürger, die in erster Linie für den Schutz der Armen, Hungerigen und Kranken zu sorgen hat, sondern für sie ist es in erster Linie ein technisches Instrument zur Förderung privatkapitalistischer Interessen. Deshalb wird die Arbeiterklasse diesem „Notprogramm“ der „Wirtschaft“ mit Mißtrauen gegenüberstehen. Hinter dem Programm steht anscheinend als spiritus rector Herr Dr. Luther, der pensionierte Reichsfinanzminister, der für 100 000 Mk. Jahresgehalt bei der Reichsbahn eine Stellung einnimmt, die nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs Preußen zu besetzen hat.

Stärkung der Gewalt des Reichspräsidenten, wie Deutschnationale sie fordern, oder eine Diktatur des Reichsfinanzministers und Ausschaltung des Parlaments und der Selbstverwaltung der Länder und Gemeinden, wie das „Notprogramm“ sie verlangt, sind glücklicherweise an Verfassungsänderungen gebunden, und dafür ist selbst in diesem reaktionären Reichstag keine Mehrheit zu finden. Ein Ausweg wäre ein vom Reichstag zu beschließendes Ermächtigungsgesetz, das der Reichsregierung in vielen Fragen diktatorische Gewalt gäbe. Doch auch dafür, schätzen wir, langt es selbst in diesem reaktionären Reichstag aus Angst vor den Neuwahlen nicht. Sichtlich werden aber um dies Programm im Reichstag heftige Kämpfe entbrennen, denn in den Händen von Reaktionen nach dem Bunde unserer „Wirtschaft“ bedeutet dies Sparprogramm

**Abbau der Sozialfürsorge, der Fürsorge für Rentner, Witwen, Waisen, Kriegshinterbliebene, Beschränkung der Selbstverwaltung in der Sozialpolitik, Abbau der Besitzsteuern und Ausdehnung der Massensteuern!**

Das sind die Ausichten für 1928 auf dem Gebiete der großen Wirtschafts- und Sozialpolitik, wenn es nach dem Willen der Unternehmer ginge.

**Sie bedrohen Lohnpolitik, Arbeitsrecht und Sozialreform!**

Der Kampf gegen diese Gefahren ist die Aufgabe der Arbeiterklasse im kommenden Jahr. Einmal muß dieser Kampf geführt werden mit starken gewerkschaftlichen Organisationen. Wer nicht organisiert ist, verdient die Stockprügel auf den Magen, welche die Unternehmer zur Steigerung ihres Profits den Arbeitnehmern zugebracht haben. Zum andern erfordert diese Gefahr höchste politische Aktivität der Arbeiterklasse. 1928 wird gewählt zu den Gemeinde- und Landesparlamenten, zum Reichstag!

**Die Arbeiterklasse braucht nur zu woken und sie gestaltet diese Volkserrettungen zum Schutzwall für die Armen und zum Wegbereiter für eine menschenwürdige Existenz aller Schaffenden!**

Unsere Kameraden sind in diesem Kampf des Jahres 1928 Pioniere einer gerechten, heiligen Sache. Möge dieses Bewußtsein sie anspornen, alle Kraft daran zu setzen,

**aus dem deutschen Reich im Kampfjahr 1928 eine wahrhaft soziale Republik zu machen!**

# Rückblick auf das Jahr 1927.

## Ruhrbezirk.

Das Jahr 1927 stand zu Beginn noch stark unter den Auswirkungen des im November 1926 beendeten siebenmonatigen Arbeitskampfes im englischen Bergbau. Von Ende Dezember 1926 bis zur Zahl der Belegschaftsmitglieder im Ruhrbergbau von 11211 bis Ende Februar 1927 auf 11850. Allmählich sank die Zahl von Monat zu Monat und betrug die Belegschaftsziffer Ende November wieder 10849.

Im Februar wurden, nachdem ca. acht Monate lang Feiertage wegen Abfahrmangel nicht mehr zu verzeichnen waren, rund 13500 Feiertage eingelegt. Die Zahl derselben stieg infolge Abfahrmangel im August auf 18704 und erreichte damit in diesem Jahre ihren höchsten Stand. Von da an zeigt sich ein starkes Abfallen der Feiertage. Die „D. Bergw.-Ztg.“ konnte im Nr. 20 vom 11. Dezember 1927 berichten: „Das Bemerkenswerteste ist, daß in der Woche vom 27. November bis 3. Dezember keine Feiertage eingelegt zu werden brauchten, weder wegen Abfahrmangel noch wegen Betriebsstörung.“

Auch die Halberstädter, die im Februar ihren seit Jahren tiefsten Stand von 1365900 To. (Mai 1926 rund 10 Mill. To.) erreichten, stiegen bis zum September auf 1900000 To., um im November wieder auf 1700000 To. zurückzugehen.

Trotz Belegschaftsverminderung, die nur auf die Rationalisierung im Bergbau zurückzuführen ist, kann von einer Krise nicht, wohl aber von einer Hochkonjunktur im Bergbau für das Jahr 1927 gesprochen werden. Aller Voraussicht nach dürfte die arbeitstägliche Förderung im Jahresdurchschnitt 1927 das Rekordjahr 1913 übersteigern. Bis 3. Dezember 1927 wurden arbeitstäglich 389999 To. gefördert (1913: 379840 To.).

Daß die Unternehmer mit dem zur Neige gehenden Jahr zufrieden sein können, beweisen die Geschäftsabschlüsse, die in den letzten Wochen und Monaten bekannt geworden sind (Krupp, Maschinenwerke, Gutehoffnungshütte usw.).

### Leider können dieses die Bergarbeiter nicht sein!

Auch das Jahr 1927 war für sie ein Jahr der Kämpfe. Weder zu Lohnverbesserung noch zu Arbeitszeitverkürzung waren die Unternehmer bereit. Im März mußten die Unternehmer durch Schiedsgericht für die Arbeiter in nicht durchgehenden Betrieben über Tage eine Stunde Arbeitszeitverkürzung aufgezogen werden. Aber selbst diese wahrlich nicht übermäßige Verkürzung der Arbeitszeit für einen Teil der Tagesarbeiter suchten sie durch alle möglichen und unmöglichen Manipulationen zu umgehen, um den Arbeitern eine längere Arbeitszeit als die ihnen zustehende aufzuzwingen.

Ebenso wenig hatten die Bergarbeiter Veranlassung, mit dem am 21. April in der Lohnfrage gefällten Schiedsgericht, der 6 bzw. 1 Prozent Lohnverbesserung brachte, reiflos zufrieden zu sein. Erfüllte doch dieser, ebenso wie der in der Arbeitszeit, nur einen Teil ihrer Forderungen.

Erfreulicher für den Bergarbeiterverband waren die von den Bergarbeitern im Frühjahr und Sommer getätigten Wahlen. Bei den Betriebsräte wahlen im März erhielt der Bergarbeiterverband von 29627 abgegebenen Stimmen 201204, die christlichen Gewerkschaften 74843, die Ditsch-Dunderliche 3564 und die Polen 1084 Stimmen. Mehr als zwei Drittel aller abgegebenen Stimmen entfielen allein auf den Bergarbeiterverband.

Noch erfreulicher war das Ergebnis bei den Betriebskammern wahlen im Juni 1927. Von den insgesamt abgegebenen 23765 gültigen Stimmen erhielten der Bergarbeiterverband 163715 (68,90 Proz.), der christl. Gewerksverein 62762 (26,41 Proz.), der Ditsch-Dunderliche Gewerksverein 6952 (2,92 Proz.) und die Polnische Berufsvereinigung 1166 (1,61 Prozent). Von den 20 Arbeitnehmermitgliedern erhielt der Bergarbeiterverband 15, der christliche Gewerksverein 3 Mitglieder. Die Polen und Ditsche erhielten kein Mandat. Mögen unsere Funktionäre und Mitglieder daraus

### die richtige Nutzenwendung

ziehen und den Boden gründlich bedürfen, damit er für die Kämpfe, die den Bergarbeitern im kommenden Jahr drohen, gute Früchte trägt. Alle diejenigen, die bei den Wahlen dem Verband das Vertrauen geschenkt haben, gilt es als Kämpfer zu gewinnen und sie in unsere Kampfesfront einzureihen.

Freiwillig und gutwillig haben die Bergarbeiter von den Bergbaugewaltigen nichts zu erwarten. Dieses beweist die Antwort des Zechenverbandes vom Oktober auf die Forderungen der Bergarbeiterverbände einer zwischentariflichen Lohnverbesserung. Der Zechenverband lehnte nicht nur eine Lohnverbesserung ab, sondern erklärte, eigentlich über Lohnreduzierung verhandeln zu müssen. Generaldirektor Peter Löfner verlangte auf der Generalversammlung der Klotzwerke eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung unter Tage! Der Aldertonsner mußte den Arbeitern von den Zechen Alder, Neimelsberg und Zentrum IV/VI eine neunstündige Arbeitszeit unter Tage, angeblich „nur“ auf sieben bis acht Monate zu.

Aus Vorliebe geht mit aller Deutlichkeit hervor, wie „gar“ es die Unternehmer mit den Bergarbeitern im neuen Jahr vorhaben. Am 1. April 1928 kann zum 30. April die Lohnordnung gefündigt werden, um die dringend notwendige Lohnverbesserung für die Bergarbeiter zu erlangen. Das Vorgehen der Metallindustrie läßt ahnen, was im Frühjahr den Bergarbeitern bevorsteht. Bis dahin gilt es, genau so wie die Unternehmer, zu rücken und die Bergarbeiter zu mobilisieren, die Reihen zu füllen und den Bergarbeiterverband zu stärken. Wie die Unternehmer, so müssen auch die Bergarbeiter eine Gefahrengemeinschaft bilden zur Abwehr der Anschläge der Unternehmer auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter. Auch sie müssen einen Kampfverband anammeln, der dem der Unterachmer ebenbürtig ist und aus dem die Bergarbeiter im Kampfe ausreißend unterstützt werden können. Auch der Krieg zwischen Arbeit und Kapital will finanziert sein. Darum, Kameraden, rüht, rüht, rüht für die bevorstehenden Kämpfe um die bringens notwendige Lohnverbesserung im April!

## Bezirk Hannover.

Im Bezirk Hannover sind fast alle Bergbauarten vertreten, und so kommt es, daß neben dem Allgemeinen Kali- und Braunkohletarif noch weitere Tarife bestehen, z. B. für den Steinkohlenbergbau Zöbenbüren und für den nieder-sächsischen Steinkohlenbergbau. Weiter bestehen Tarife für den nordwestlichen Harz (Metallerg), Hiesler Hütte, Abteilung Bergbau (Eisenerg) und die Zellindustrie. Im Einzelnen kann dazu folgendes gesagt werden: In der

### Kaliindustrie

fanden, wie im Vorjahr, wenn auch nicht in solchem Umfange, weitere Tarifverhandlungen und Arbeiterentlassungen statt. Die im Betrieb befindlichen Werke hatten zum Teil gute Beschäftigung. Leider ließen sich oftmals die Arbeiter dazu verleiten, recht viel Überbereitschaft zu machen, um hinterher dann wochenlang Feiertage zu bekommen. Letztes wurde auch ein Betrieb wochenlang

stillgelegt und die Arbeiter der Arbeitslosenfürsorge überlassen. Daraus können die Arbeiter gar nicht genügend Lehre ziehen.

Von der

### Braunkohlenindustrie

ist zu berichten, daß hier, ebenso wie für Kali, die Löhne und die Arbeitszeit durch Zentraltarif geregelt sind. Zu bemerken ist, daß wir an dem mitteldeutschen Braunkohlenarbeiterstreik mit etwa 3000 Mann der Seimfelder Braunkohle beteiligt waren. Die Arbeiter der Braunkohlengrube Humboldt hatten schon vor dem allgemeinen Braunkohlenarbeiterstreik die Forderung: „Versehung aus dem Randrevier ins Kernrevier“, gestellt und, nachdem dies abgelehnt, die Arbeit niedergelegt. Der Streik mußte dann, infolge des Schiedsgerichts für Mitteldeutschland, nach achtwöchiger Dauer abgebrochen werden. Trotz Vereinbarung und Versprechung sind heute noch 18 Arbeiter nicht wieder eingestell. Nichtsdestoweniger hält die Belegschaft an der Organisation fest und wird zur gegebenen Zeit den Kampf wieder aufnehmen.

Zu der

### Steinkohlenindustrie

war das ganze Jahr volle Beschäftigung. Allerdings drohen für das Werk Barfinghausen in nächster Zeit Feiertage. Die Löhne sind ungenügend. Obwohl ab 1. Juli 1927 eine Lohnverbesserung von 30 Pf. für unter Tage und 25 Pf. für über Tage vereinbart worden ist, beträgt der jetzige Spitzenlohn 5,20 die 5,35 Mk. Für Ueberstunden werden als Zuschlag für die neunte Stunde 15 Prozent und für die zehnte Stunde 25 Prozent gezahlt. Tarif und Lohnabkommen laufen bis 31. März 1928.

Im Hiesler Bergbau hat eine zwischentarifliche Regelung der Löhne stattgefunden, welche allen Arbeitern eine Lohnverbesserung um 20 Pf. pro Schicht gebracht hat. Der Spitzenlohn beträgt jetzt 5,55 Mk. Der Ueberstundenzuschlag beträgt für alle Arbeiter über 20 Jahre 15 Prozent, für unter 20 Jahre sowie für Bereitchaftsdienst 10 Prozent. Lohnabkommen und Mehrarbeitsabkommen laufen bis 30. April 1928.

Im Harzbergbau war gute Beschäftigung, trotzdem stehen hier die Löhne am niedrigsten. Obwohl die Preussag-Werke sind, ist es nicht möglich gewesen, zu einer Vereinbarung zu kommen, sondern es wurde in allen Fällen von den Arbeitgebern der von ihnen beliebte Schlichter angerufen. Für den Oberharz beträgt der Spitzenlohn 5,30, für den Unterharz 5 Mk. Ueberstundenzuschlag: für die erste Stunde 15 Prozent, für die zweite 25 Prozent. Tarif und Lohnabkommen laufen bis 31. März 1928. Die Arbeiterschaft sieht ein, daß es so nicht mehr weiter gehen kann und es macht deshalb die Organisation gute Fortschritte. — In der

### Oelindustrie

besteht erst seit dem 1. November 1926 wieder ein Tarifverhältnis. Vorher hatten es die Arbeiter auf eigene Faust versucht, ihr Arbeitsverhältnis zu regeln, aber recht bald eingesehen, daß das nicht so einfach ist. Dank der aufopfernden Tätigkeit einzelner Kameraden ist jetzt das Organisationsverhältnis wieder gebessert und, wenn die Kameraden, wie in letzter Zeit, noch mehr zur Einsicht kommen, werden auch hier die Arbeits- und Lohnverhältnisse so geregelt werden können, daß sie erträglich sind. Das Lohnabkommen ist zurzeit gefündigt. Verhandlungen schweben noch.

## Bezirk Zwickau

Zu Beginn des Berichtsjahres war der Bezirk durch das Vertragsverhältnis für den gesamten sächsischen Steinkohlenbergbau in der Lohnfrage durch Schiedsgericht bis zum 30. April 1927 festgelegt. Die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne im Oktober 1926 betrug im Durchschnitt 18—21 Pf. je Schicht für alle Arbeitergruppen. Dieser Lohnausgleich befriedigte die Bergarbeiter keinesfalls und machte auch nur einen Bruchteil dessen wert, was die Bergarbeiter durch die Verteuerung der Lebenshaltungskosten aufbringen mußten. Fast völlig unzureichend gestalteten sich die Löhne der Arbeiter im Bergbau unter und über Tage für die jüngeren Arbeiter bis zum 20. Lebensjahre. Die Hinweise der Arbeitervertreter bei den Lohnverhandlungen und bei verschiedenen Anlässen, den jüngeren Arbeitern einen Ausgleich der Löhne durch Anpassung derselben an die Löhne anderer jüngerer Bergarbeiter blieben unbeachtet. Die Frage des Nachwuchses im sächsischen Steinkohlenbergbau war eine der wichtigsten, die die Arbeiterorganisationen mit beschäftigte. Mit Wirkung ab 1. März haben die Arbeitgeber im sächsischen Steinkohlenbergbau, nachdem die öffentliche Berufsberatung und die Bergarbeiterorganisation alle Mittel angewendet hatten, jugendliche Arbeiter dem Bergbau zuzuführen, den jugendlichen Arbeitern von 16—19 Jahren über und unter Tage den Grundlohn im Sinne der Lohnliste für die betreffenden Gruppen um 15 Prozent erhöht und den Lohn der 11- bis 15jährigen jugendlichen Arbeiter um 50 Prozent.

Im April des Berichtsjahres haben die am Tarifvertrag beteiligten Arbeiterorganisationen die Lohnordnung gefündigt und neue Forderungen gestellt. Die Arbeitgeber haben, wie üblich im sächsischen Steinkohlenbergbau, abgelehnt Lohnforderungen zu bewilligen, so daß der Lohnstreik dem sächsischen Arbeitsministerium zur Beilegung übertragen wurde. Zudem wurde am 1. Mai 1927 ein Schiedsgericht vom sächsischen Landesminister gefällig, der die Grundlöhne der Grubenarbeiter um 6 Prozent und die der Tagesarbeiter um 1 Prozent erhöhte. Die Erhöhung der Tagesarbeiterlöhne war in Hinsicht auf die kommende Regelung nach § 6 a der Arbeitszeitnotverordnung vom 1. Juli 1927 niedriger bemessen, als die der Grubenarbeiter. Auch diese an sich geringe Erhöhung der Löhne lehnten die Arbeitgeber ab.

Der Schiedsgericht wurde nicht verbindlich erklärt. Das Reichsarbeitsministerium, das im Lohnstreik der sächsischen Steinkohlenbergarbeiter die Erhöhung der Löhne nicht machte und fast alle Entschädigungen der sächsischen Schlichter rückwärts reduzierte, hat auch diese Erhöhung der Löhne von 6 und 1 Prozent auf kaum 3 Prozent herabgesetzt. Die Tagesarbeiter erhielten ebenfalls, nicht wie im § 6 a der Arbeitszeitnotverordnung neue festgesetzten Zuschläge, sondern für die neunte Stunde 15 Prozent von einem Neuntel des für die neunte Stunde zu zahlenden Schichtlohnes, und 25 Prozent von einem Zehntel des für zehn Stunden zu zahlenden Schichtlohnes.

### Niedrige Entlohnung im allgemeinen

und andererseits die Behandlung der Arbeiter auf einzelnen Schachtanlagen sind Ursachen im Zwickauer Revier im Plauenischen Grund, daß die Arbeiter ihr Arbeitsverhältnis im Steinkohlenbergbau lösen und in andere Berufe übergehen. Damit ist die Frage des Nachwuchses im sächsischen Steinkohlenbergbau außerordentlich gefährdet, und Arbeiter in besten Kräften verlassen den Bergbau. Urlaub für jugendliche Arbeiter von 14—16 Jahren wurde nach einem Beschluß des Bergbaulichen Vereins auf Drängen der Arbeiterorganisation ab 12. Juli 1927 gewährt. Die Antipathie der hiesigen Arbeiter gegen den Bergbau ist eine der betrüblichsten Erscheinungen im Zwickauer Revier. Nicht nur im Arbeitsprozeß, sondern auch im Organisationskörper wirkt sich

dieses unerfreulich aus. Ungelehrte und fremde Arbeiter, die nicht im mindesten mit den geologischen Verhältnissen des sächsischen Bergbaues vertraut sind, werden angeworben und erregen die eingeheimischen Bergarbeiter. Alle Bemühungen und Maßnahmen, die Unfallziffern zu verringern, blieben erfolglos. Dieser für die Bergarbeiter unerfreuliche Zustand macht sich auch in der Krankenziffer bemerkbar. Von Arbeitgeberseite wird bei Beurteilung dieser Frage übersehen, daß die Anspannung aller Kräfte der hiesigen mit den Verhältnissen des Bergbaues vertrauten Arbeiter durch die Zusammenarbeit mit den vielen berufsfremden Arbeitern die Krankenziffer mehr steigen muß. 50 Prozent aller krankfeiernden Arbeiter im hiesigen Revier sind an Unfallfolgen erkrankt und erwerbsbeschränkt.

Etwa 50 Prozent der Belegschaften sind im Zwickauer Revier im Berichtsjahre vom Bergbau abgekehrt und durch auswärtige und ausländische Arbeiter ersetzt worden. Trotzdem konnte die Mitgliederzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter stabil erhalten werden. Die Mitgliederzahl der Invaliden hat sich bedeutend erhöht und auch im Berichtsjahre noch nicht nachgelassen. Schon im 1. Vierteljahr des Berichtsjahres entspannen sich im sächsischen Bergbau Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und den Bergbehörden über

### das am 13. 12. 1926 verabschiedete Arbeitsgerichts-gesetz.

Die nach § 17 des Arbeitsgerichtsgesetzes zu bildenden Fachkammern im Bergbau waren Gegenstand mehrmaliger Auseinandersetzungen mit der Arbeits- und Justizverwaltung im Freistaat Sachsen, dem Oberbergamt in Freiberg und den Arbeitgebern. Die Vertreter der Bergarbeiter haben die Vorschläge der Bergbehörde und der Arbeitgeber den Wünschen der Belegschaften entsprechend abgelehnt, so daß Fachkammern im sächsischen Steinkohlenbergbau nicht gebildet wurden und alle Streitigkeiten aus dem Bergbau der Arbeiterrechtsprechung im Rahmen des Arbeitsgerichtsgesetzes zu regeln sind. Das Jahr 1927 war das dritte Jahr, das die Betriebsräte im ganzen Revier und im Plauenischen Grund fast reiflos ohne Wahl ihr Amt weiter verwalten konnten. In den 46 Jagdstellen des Bezirks sind, mit wenigen Ausnahmen, alle Funktionäre bei den Ortsverwaltungenwahlen wieder gewählt worden. Verbesserungen sind im Berichtsjahre auf dem Gebiete zur Verhütung der Unfallgefahren erfolgt.

Ein aus dem Jahre 1926 bestehender Streit zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisation, Bergbehörden und dem sächsischen Finanzministerium hat in einer Verordnung zur Anweisung der Bergämter für die Sezanzierung der Betriebsräte auf dem Gebiete zur Verhütung der Unfallgefahren vom März 1927 seinen Abschluß gefunden, wobei die Forderungen der Gewerkschaften und Betriebsräte fast reiflos unbeachtet geblieben sind. Auf dem Verordnungswege ist weiter im Berichtsjahre für den sächsischen Bergbau ein Grubenrisikofondsamt beim Oberbergamt und Unterkommissionen bei den Bergämtern in Zwickau, Stollberg und Leipzig errichtet worden. Die Vorschläge des Bergarbeiterverbandes und der Funktionäre zu dem Entwurf des Grubenrisikofondsamtes sind dabei nicht berücksichtigt worden und nach Gegenstand wiederholter Auseinandersetzungen. In der Frage der Arbeitszeit konnten im Berichtsjahre keine Vorstöße gemacht werden.

Auf einzelnen Schachtanlagen sind mit Intrafretreten des Arbeitszeitnotgesetzes die Durchführung des § 6 a freiwillige Schichtverkürzungen für einzelne Arbeiter eingetreten, da die Arbeitgeber nicht 15 Proz. Zuschlag für die Ueberarbeit zahlen wollten. Mit dem Belegschaftsrückgang war auch ein Sinken der Leistung zu verzeichnen. Im Januar 1927 betrug die Belegschaftsziffer im gesamten sächsischen Steinkohlenbergbau 25959 Mann. Im Zwickauer Revier waren im Januar von 13281 Belegschaftsmitgliedern 9820 unter Tage und 3461 über Tage beschäftigt. Im Plauenischen Grund bei Dresden ist die Belegschaft ebenfalls stark zurückgegangen. Im Januar 1927 waren von 1973 Belegschaftsmitgliedern 1381 unter Tage und 592 über Tage beschäftigt. Im sächsischen Steinkohlenbergbau ist die Belegschaft von 25959 auf 21600, im Zwickauer von 13280 auf 11700, im Plauenischen Grund von 1970 auf 1590 zurückgegangen. Die Kohलगewinnung ging von rund 377000 To. im Januar auf 320000 To. im Oktober zurück.

Im übrigen verbreitete sich eine Gewitterwölle im Laufe des Berichtsjahres über beide Reviere. Die Arbeitgeber hegen Wünsche zur Aenderung der Arbeitsordnung und den Richtlinien für Gewährung des Invaliden- und Witwenbeihilfs und anderes mehr aus dem Tarifvertrage. Das Ueberarbeitsabkommen vom 21. April 1924 liegt bindend dazwischen und läßt eine Aenderung des Tarifvertrages nur nach Kündigung des Abkommens zu. Viele Wünsche und berechtigte Forderungen sind im Berichtsjahre noch unerfüllt geblieben. Die Forderung des Bergarbeiterverbandes im allgemeinen mögen den Kameraden unserer Reviere den Glauben an die eigene Kraft stärken, um im neuen Jahre den gewaltigen Anforderungen, die an die Bergarbeiter unserer Reviere ebenfalls gestellt werden, gewachsen zu sein.

## Bezirk Oberschlesien.

Das abgelaufene Jahr 1927 hat erneut den Beweis gebracht, daß der alte Bergarbeiterverband auch im Bergbaubezirk Oberschlesien immer mehr an Vertrauen gewinnt. Die Aufwärtsbewegung ist fortgeschritten. Dadurch ist bewiesen, daß bei der ober-schlesischen Bergarbeiter-schaft sich die Ueberzeugung durchgesetzt hat, daß nur der Verband der Bergarbeiter Deutschlands der wirkliche Interessenvertreter der Bergarbeiter ist. Die kameradschaftliche und intensive Mitarbeit der Verbandsfunktionäre hat die umfangreiche Aufgabe wesentlich mit fördern helfen.

Die Tätigkeit des Verbandes war nicht ohne Erfolg. Es wurde erreicht, daß die Arbeitszeit unter Tage ab 1. März vom Beginn der Seilschaft bis zu ihrem Wiederbeginn 8 1/2 Stunden, vom 1. September ab 8 Stunden beträgt. Die Löhne sind ab 1. Juni für die Arbeiter unter Tage um 5 Prozent, für die Arbeiter über Tage um 4 Prozent erhöht worden.

Bezeichnend für die Haltung der ober-schlesischen Arbeitgeber ist, daß in allen Fällen keine Vereinbarungen erfolgen konnten, sondern durch Schiedsgerichte erledigt werden mußten. Keinen Pfennig Lohnzulage, keine Verkürzung der Arbeitszeit! — war das Alpha und Omega der Bergherren bei allen Verhandlungen. Hartnäckig wurde jedes Entgegenkommen abgelehnt. Derselbe Standpunkt wird im einzelnen von fast allen Werksverwaltungen eingenommen. Ein Verständnis für die Not der Arbeiter ist nirgends zu finden. Die Arbeitsgerichte in Beuthen, Gleiwitz und Hindenburg müssen sich überwiegend mit Klagen der Bergarbeiter beschäftigen. Dasselbe gilt vom Landesarbeitsgericht. An den Gerichtstagen befinden sich unsere Verbandsangehörigen oft den ganzen Tag vor Gerichtstühlen, um die Klagesachen unserer Mitglieder zu vertreten. Bestrafungen und Entlassungen werden vielfach ohne jeden Grund vorgenommen. Das Antreibesystem nimmt hier gefahrvolle Formen an. Die Unfallziffern steigen ins Unermeßliche. Mit der Arbeits-

traft und dem Leben der Bergarbeiter wird Raubbau im höchsten Maße getrieben. Grubenkontrollen, die für den oberflächlichen Bergbau mit seinen hohen und somit gefährlichen Abbaunethoden am notwendigsten sind, sind, obwohl bindend vorgegeben, aber immer noch nicht vorhanden. Schon die hohe Steigerung der Unfallziffern bedingt die sofortige Einführung der Grubenkontrollen. Auf allen Gruben ist das wilde Heberdichtenswesen in voller Blüte. Vielfach werden mehr Heberschichten im Monat verfahren, als Tage vorhanden sind. Die vorhandenen Bergrevierbeamten müssen davon unterrichtet sein, lassen aber dem Treiben freien Lauf.

Zu Zeichen vorstehender Schilberung hat sich das Jahr 1927 im oberflächlichen Bergbau ausgewirkt. Die Zukunft wird an uns alle ganz gewaltige Anforderungen stellen. Groß sind unsere Bedürfnisse. Das Werden liegt an uns, an jedem einzelnen Bergarbeiter selbst. Jeder muß zu uns und dann mit uns den Kampf für bessere Verhältnisse durchsetzen. So treten wir nun, das alte Jahr hinter uns lassend, in das neue ein mit dem ernsten Willen, nicht eher zu ruhen, bis der letzte Kumpel in unseren Reihen auch unser Mitkämpfer ist!

### Bezirk Waldenburg.

Im niederschlesischen Steinkohlenbergbau begann das Jahr 1927 mit einer Lohnbewegung. Dieselbe brachte einen beachtenswerten tariflichen Erfolg. Durch Schiedspruch wurde der Lohn der Vollaueer im Gedinge von 1,2 auf 5,50 Mk., der Zimmereuererichthler von 1,38 auf 1,55 Mk. erhöht. Das macht beim Zimmereuerer eine Erhöhung von 10,73%, beim Vollaueer im Gedinge 14 Prozent aus. Da der Unterschied zwischen Tarif- und Effektivlohn jedoch rund 1 Mk. betrug, ist die Lohnsteigerung wesentlich geringer. Am 30. April kündigten die Gewerkschaften den Manteltarif und das Mehrarbeitsabkommen, um eine Verkürzung der Arbeitszeit und einen bezahlten Urlaub für die jugendlichen Kameraden unter 16 Jahren zu erreichen. Nach ergebnislosen Verhandlungen wurde durch Schiedspruch vom 30. Mai für alle Hebertagearbeiter, die länger als 8 Stunden arbeiten, eine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht. Für die Arbeiter an Stachseisen in den Breitetfabriken und Koksfeuerberei wurde die achtstündige Arbeitszeit festgesetzt. Hier war es ein Abbau um zwei Stunden. Für alle übrigen Tagesarbeiter, welche eine 10stündige Arbeitszeit und 12stündige Schichtzeit hatten, wurde die Arbeitszeit auf 9 Stunden und die Schichtzeit auf 10 Stunden herabgesetzt. Für die jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren wurden drei Schichten bezahlten Urlaubs erreicht. Der Manteltarif wurde wieder in Kraft gesetzt, jedoch den Parteien aufgegeben, über die zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern bestehenden Differenzen aus dem Manteltarif zu verhandeln.

Nach langen, mühseligen Verhandlungen gelang es, den Tarifvertrag mit einigen Änderungen am 1. Oktober endgültig abzuschließen.

Am 31. August kündigten die Gewerkschaften abermals das Lohnabkommen. Die Spanne zwischen Effektiv- und Tariflohn war mittlerweile unerträglich geworden. Während der Tariflohn des Vollaueers im Gedinge 5,50 Mk. betrug, stand der Effektivlohn im August auf 6,64 Mk. Es mußte deshalb eine Angleichung erstrebt werden. Dazu kommt, daß Niederschlesien in der Lohnentwicklung so weit zurückgeblieben ist, daß mit diesen Löhnen einfach ein Auskommen nicht mehr möglich ist. Alle Verhandlungen mit den Arbeitgebern scheiterten. Der Schlichter fällt deshalb am 30. September einen Schiedspruch, der eine Lohn-erhöhung von 6 Prozent auf den Effektivlohn vorsah. Derselbe wurde von den Arbeitgebern abgelehnt, von den Gewerkschaften die Verbindlichkeitserklärung beim Reichsarbeitsministerium beantragt. Der Reichsarbeitsminister lehnte die Verbindlichkeits-erklärung ab. Es trat ein tarifloser Zustand ein. Die Gewerkschaften stellten am 14. November erneut Forderungen an den Arbeitgeberverband, leiteten also eine neue Lohnbewegung ein. (Ueber das Resultat siehe besonderen Bericht in dieser Nummer.)

Die Belegschaftsentwicklung im niederschlesischen Steinkohlenbergbau ist folgende: Im Januar betrug die Belegschaft insgesamt einschließlich über Tage und Kokerien 30371, im September 27475. Ab 1. März wurde die Abendrottegrube mit einer Belegschaft von 1172 stillgelegt.

### Eine grundsätzliche Entscheidung

Ist auch über die Verwendung der Kontraktbruch-Strafgelder herbeigeführt worden. Nach § 38 der Arbeitsordnung sind die niederschlesischen Steinkohlenbergbau sind die Kontraktbruch-Strafgelder den Arbeiter-Unterstützungskassen zuzuführen. Die Werke hatten dieselben jedoch in den meisten Fällen für sich vereinnahmt. Durch Klage vor dem Amtsgericht Waldenburg und dem Landgericht Schweidnitz sind die Werke verurteilt worden, die Gelder seit 1921, soweit es nicht geschehen, an die Arbeiter-Unterstützungskassen zurückzuführen. Im Waldenburger Revier mußten 37.500 Mark an die Arbeiter-Unterstützungskassen nachgezahlt werden. Nun beantragten die Arbeitgeber beim Schlichtungsausschuß Waldenburg die Abänderung der §§ 8 und 38 der Arbeitsordnung. In zwei Entscheidungen hat der Schlichtungsausschuß entschieden, daß die Kontraktbruchstrafgelder weiterhin in die Arbeiter-Unterstützungskassen zu zahlen sind. Die Abänderung der §§ 8 und 38 der Arbeitsordnung wurde nicht stattgegeben.

Am 1. Mai 1927 wurde für die Schlesischen Nickelwerke, welche bis dahin stillgelegt waren, ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen. Der Lohn wurde hier um 10 Prozent erhöht, im Manteltarif bezahlter Urlaub, der bisher nicht gewährt wurde, erreicht. Die Mindestdauer des Urlaubs beträgt drei Tage, die Höchstdauer acht Tage.

Für die Bergfreiheitgrube wurde das Mehrarbeitsabkommen zum 1. Juli 1927 gekündigt.

### Die Arbeitszeit

wurde durch Schiedspruch folgendermaßen geregelt: Bisher betrug die Arbeitszeit unter Tage 8 1/2 Stunden einschließlich einer viertelstündigen Pause. Ab 1. Januar 1928 soll die Arbeitszeit 8 1/2 Stunden, ab 1. April 1928 8 Stunden einschließlich einer viertelstündigen Essenspause betragen.

Die Schichtzeit bei der Erzschmelze und Verladung über Tage beträgt ab 1. Januar 1928 8 1/2 Stunden. Die Arbeitszeit der sonstigen Hebertagearbeiter beträgt ab 1. Januar 1928 9 Stunden, beim Kalkofenbetrieb ab 1. Januar 1928 8 Stunden.

Mit der Firma W. Güttler u. G. Hamburg, Werk Reichstein, ist ab 1. September 1927 ein Tarifvertrag abgeschlossen worden. Bisher war es trotz jahrelanger Bemühungen der Organisation nicht möglich, hier einen Tarifvertrag abzuschließen. Die Arbeitszeit beträgt nach dem Tarifvertrag in allen Betrieben 8 Stunden. Der Urlaub beträgt für unter Tage nach einem Dienstjahr zwei Arbeitstage, steigend bis zu zehn Arbeitstagen nach 12jähriger Dienstzeit; für Arbeiter über Tage nach einem Dienstjahr zwei Arbeitstage, steigend bis zu acht Arbeitstagen nach acht Dienstjahren. Der Lohn ist, da bisher eine tarifvertragliche Regelung nicht bestand, neu festgelegt und tarifvertraglich verankert worden.

### Für das Magnetitwert Jobten

wurde das Lohnabkommen im Februar 1927 gekündigt. Der Schlichtungsausschuß Schweidnitz fällt einen Schiedspruch, der jedoch vom Schlichter nicht für verbindlich erklärt wurde. Daraufhin trat die Belegschaft am 2. Mai in den Streik. Der Erfolg

war, daß der Spitzenlohn der Untertagearbeiter von 19 auf 57 Pf. je Stunde, der der Hebertagearbeiter von 15 auf 50 Pf. erhöht wurde. Urlaub wurde bisher nicht gewährt. Durch den Streik gelang es, bezahlten Urlaub von einem bis vier Tage zu erreichen. Der Vertrag läuft bis zum 31. Dezember 1927 und ist bereits wieder gekündigt. Verhandlungen stehen noch aus.

Das Meislerbergwerk Neue Philippgrube in Leutchen bei Landel ist im Laufe des Jahres 1927 stillgelegt worden.

### Bezirk München.

Der allgemeine wirtschaftliche Aufschwung des Jahres 1927 machte sich für die im Bezirk vorhandenen Bergbauarten nicht gleichmäßig bemerkbar, wenn wir auch feststellen können, daß in den meisten Bergbauarten die Beschäftigung der Werke eine bessere war als 1926.

Der Rechtskohlenbergbau war, abgesehen von der Grube in Hauscham, wo vom April bis einschließlich September zehn Feierschichten eingelegt wurden und ein Haldbestand von etwa 20.000 Tonnen vorhanden ist, gut beschäftigt.

Die Beschäftigung im Eisenerzbergbau war eine gute und land auf den Gruben der Maxhütte eine Belegschaftsvermehrung statt. Außerdem wurde die seit dem Jahre 1923 stillgelegte Grube Saldweier wieder in Betrieb genommen, die die geförderterte Erze an die Maxhütte liefert. Die Eisenerzgrube der Maxhütte in Kuerbach mußte im August infolge plötzlichen Wassereintruchs ganz stillgelegt werden. Die größte Anzahl der Arbeiter wurden zwar auf den den gleichen Wert gehörigen Süttemerten weiter beschäftigt, bekamen aber dort trotz getrennten Haushalts niedrigere Löhne, als sie vorher verdient hatten.

Im Braunkohlen- und Spatbergbau war die Beschäftigung der Gruben ebenfalls eine gute, während sie im Salzbergbau und in den Salinenbetrieben eine geradezu glänzende war. Auch die Beschäftigung im Gipswerk Neckarzimmern (Waden), wo sonst alljährlich im Sommer die Belegschaft sehr stark reduziert wurde, war in diesem Jahre gleichbleibend sehr gut.

Im bayerischen Ton-, im württembergischen Salz- und im badischen Metallerzbergbau war die Beschäftigung der Gruben eine schlechte. Zum Teil wurden Feierschichten eingelegt und Arbeiter entlassen. Das Metallerzbergwerk bei Wiesloch (Waden) mit ungefähr 200 Mann Belegschaft wurde am 1. Dezember 1927 gänzlich stillgelegt.

### In der Lohnfrage

wurden zwar für alle Bergbauarten Verbesserungen erzielt. Es muß aber festgestellt werden, daß das Resultat nicht befriedigt und der Reallohn nicht erreicht wurde. Nachfolgende Tabelle zeigt die Dauertariflöhne in den einzelnen Bergbauarten am Anfang und Ende des Jahres 1927 (in Mark):

	1. Januar	1. Dezember
Rechtskohle	1,90	5,10
Braunkohle	1,80	5,10
Eisenerz	5,35	6,25
Metallerz (Waden)	5,55	5,93
Salz (Bayern)	5,16	5,18
Salz (Württemberg)	5,90	6,22
Tonbergbau	5,68	6,16
Spatbergbau	1,70	1,70
Speckstein	1,72	5,01
Gipsbergbau (Waden)	5,28	6,61

### In der Arbeitszeit

war es möglich, für einzelne Gruppen eine Verkürzung herbeizuführen. So wurde für die Bayerischen Salinenbetriebe durch Vereinbarung ab 1. August die dreigestündige Schicht von acht Stunden eingeführt, anfangs der bis dahin bestehenden zweigestündigen Schicht von zwölf Stunden. Für die Feldspat- und Flußspatbetriebe wurde ab 1. Juli die Arbeitszeit für alle Arbeiter um eine Stunde verkürzt und beträgt nunmehr für die Arbeiter unter Tage acht und für die Arbeiter über Tage neun Stunden. Für den Gipsbergbau in Neckarzimmern wurde für die Arbeiter über Tage ab 1. Juli die achtstündige Schicht vereinbart, so daß ab 1. Juli auf dieser Grube für alle Arbeiter unter und über Tage die achtstündige Arbeitszeit besteht. Mit den Oberpfalz-werken (Braunkohlegrube) wurde eine Vereinbarung abgeschlossen, wonach die Arbeitszeit für die Arbeiter unter Tage ab 1. Oktober von 8 1/2 auf 8 1/2 und ab 1. April 1928 auf 8 Stunden verkürzt wurde. Für die Arbeiter über Tage wurde die wöchentliche Arbeitszeit ab 1. Oktober 1927 von 60 auf 55 Stunden herabgesetzt. Für den Rechtskohlenbergbau wurde nach längeren Verhandlungen ein Schiedspruch gefaßt, der auf Antrag der Arbeitnehmer für verbindlich erklärt wurde und ab 1. März 1928 für die Arbeiter unter Tage eine Viertelstunde und ab 1. Juni 1928 eine weitere Viertelstunde Arbeitszeitverkürzung vorsieht, so daß damit ab 1. Juni 1928 für unter Tage die achtstündige Arbeitszeit zur Einführung kommt. Die Arbeitszeit für die Arbeiter über Tage wird ab 1. März 1928 von zehn auf neun Stunden herabgesetzt. Hier ist zu bemerken, daß die Arbeitgeber alles versuchen werden, um die Verkürzung der Arbeitszeit nicht zur Einführung kommen zu lassen. Am 21. September hat die Verwaltung der Grube in Hauscham schon für die Arbeiter über Tage die neunstündige Schicht eingeführt, aber auch gleichzeitig den Schichtlohn um ein Zehntel gekürzt. Da die Organisationen das Arbeitsgericht hiergegen zur Entscheidung argunieren haben und das Arbeitsgericht (Zachstammer für den Bergbau) in München durch Urteil vom 17. November 1927 die Grube zur Zahlung verurteilt hat, hat die Grubenverwaltung am 5. Dezember für die Arbeiter über Tage wieder die Zehnstündenschicht eingeführt. Da das Urteil berufungsfähig ist, dürfte die Angelegenheit noch nicht endgültig erledigt sein.

Von den 182 Mandaten bei den Betriebsrätewahlen erhielten die freien Gewerkschaften 152 Mandate, hiervon der Bergarbeiterverband 130, die christlichen Gewerkschaften 22 und die Gelben 8.

Der nach § 6a des Arbeitszeitgesetzes zu gewählende Zuschlag für Heberarbeit ist verschieden festgesetzt und bewegt sich von 5 bis 25 Prozent, wovon die 5 Prozent durch den Landes-schlichter von Baden für den badischen Metallerzbergbau festgelegt wurden.

### Bezirk Aachen.

Zu der Nachener Stein- sowie auch in der Braunkohle hatte die Förderung in diesem wie auch im Vorjahre eine fortgesetzt aufsteigende Tendenz. Ueber nicht nur die Förderung, sondern auch die Leistung des einzelnen Arbeiters ist gewaltig gestiegen, besonders in der Braunkohle, denn dort wurde im Gegensatz zur Steinkohle die Belegschaft etwas vermindert.

Nachstehende Tabelle gibt Aufschluß über Steinkohle:

	Förderungs- Tonnen	Belegschaftsgröße	Leistung pro Mann Tonnen
1924 Januar	209 912	19 467	10,78
" Februar	230 931	20 355	11,34
1925 Januar	296 408	21 602	13,72
1926 Januar	334 908	20 810	16,09
" Oktober	419 004	22 599	18,54
1927 Januar	428 549	23 263	18,42
" August	430 877	23 656	18,21
" September	424 611	23 762	17,87
" Oktober	434 411	23 855	18,46

Die Beschäftigung war eine gute.

Die Werke bemühten sich fortgesetzt, ihre Belegschaften zu ver-mehrten. Zu diesem Zwecke wurden Arbeiter in allen Berg- und sonstigen Revieren für das hiesige Revier unter allerhand hoch-lösenden Versprechungen angeworben. Auch Ausländer wurden mit und ohne Erlaubnis der Behörden importiert.

Stillgelegt wurden im Laufe des Jahres die Steinkohlen-gruben Carl-Friedrich in Nisterich mit ungefähr 320 Mann Be-legschaft und die total veraltete Grube Nordstern in Herzogenrath mit 1300 Mann Belegschaft, ferner die noch im Aufschluß be-griffene Braunkohlegrube Maria-Theresia, ebenfalls in Herzogen-rath. Diese soll aber nach Erbauung einer Breitetfabrik wieder weiter geführt werden. Der allergrößte Teil der durch die Still-legungen betroffenen Arbeiter sind auf den übrigen, im allge-meinen gut beschäftigten Werken untergebracht und es werden immer noch fortgesetzt Arbeiter angeworben.

### Die Unterbringung fremder Arbeiter

wäre bedeutend leichter, wenn genügend Wohnungen zur Verfügung ständen. Obwohl die einzelnen Belegschaften wie Carolus-Magnus in Palenberg, Karl-Alexander in Waesweiler und Sophia-Jasoba in Hückelhoven, ferner aber auch der (Schweizer Bergwerksaktion, bemüht sind, Werkwohnungen (große Kolonien) für ihre Arbeiter zu erstellen, reichen die fertiggestellten Wohnungen bei der großen Nachfrage bei weitem nicht aus. Auch die Ende vergangenen Jahres fertiggestellten 300 Siedlungswoh-nungen, die lediglich für die durch die Arbeits-nachweise der Ruhr bestimmten Umsiedler er-baut waren, bedeuten nur einen Tropfen auf den heißen Stein. Diese 300 Umsiedlungswohnungen bilden in der Nachener Bergmannsiedlung ein ganz besonderes Kapitel und es steht fest, daß die von den maßgebenden Regierungsstellen herausgegebenen Umsiedlungsbedingungen ein schwerer Fehler war, der dazu bei-getragen hat, daß viele Wohnungen monatelang nicht besetzt werden konnten. Dazu war aber auch das Menschensmaterial, das von der Ruhr nach hier überwiesen wurde, nicht immer das beste. Die jüngeren und kräftigeren Leute verließen so bald wie möglich wieder von hier fortzukommen. Die meisten davon gehen über die nahe Grenze in den benachbarten holländischen Bergbau, viel-sach unter Zurücklassung ihrer Familien, die dann in den Um-siedlungswohnungen zurückbleiben und den betreffenden Gemein-den zur Last fallen. Dies alles haben wir zum großen Teil dem unbesonnenen Einfluß, den die Ruhrgehaltigen bei den Berliner Stellen ausüben, zu verdanken. Niemals mehr dürfen solche Um-siedlungen zustande kommen, wie sie für die Umsiedlungswoh-nungen bestimmt sind.

Die Fluktuation im hiesigen Revier begründet sich allerdings nicht nur auf den großen Wohnungsmangel, sondern auch auf Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit und Lohn. Die Arbeitsbedingun-gen sind nicht die glänzendsten, dazu kommt im allgemeinen eine miserable Behandlung der Arbeiter durch die Angestellten der Werke.

Während in Holland die Bergarbeiter eine viel kürzere Ar-bbeitszeit bei höheren Löhnen haben, besteht heute noch für die Braunkohlearbeiter eine durch Schiedspruch festgelegte überlange Arbeitszeit. Die Anfang dieses Jahres noch gültige überlange Arbeitszeit wurde durch

### Schiedspruch vom 26. März d. J.

etwas gemildert, und zwar wurde die Schichtzeit der unterirdischen Belegschaft von 8 1/2 auf 8 Stunden festgesetzt. Die Schicht- bzw. Arbeitszeit für die oberirdischen Arbeiter wurde teilweise bis zu zwei Stunden täglich gekürzt. Ein großer Teil dieser Arbeiter hat heute eine neunstündige Arbeitszeit bei zehnstündiger Schicht-zeit. Auf Förderanlagen mit zwei Fördermaschinen beträgt die Arbeitszeit an Samstagen acht Stunden.

Ueber die Auslegung dieses Schiedspruches besteht, obwohl am 26. August d. J. der Schlichtungsausschuß den Schiedspruch im allgemeinen im Sinne der Arbeiter auslegte, heute immer noch heftiger Streit. Hunderte von Lohnklagen sind durch den Verband bei den Arbeitsgerichten anhängig gemacht worden. Mit diesen Streitfällen hat sich in allernächster Zeit das Landesarbeitsgericht in der Berufungsinstanz zu beschäftigen.

Der Schiedspruch vom 26. März ist kündbar am 1. Januar 1928. Die Bezirkskonferenz vom 11. November hat einstimmig beschloffen, den Schiedspruch rechtzeitig zu kündigen.

Der Lohnstarif wurde am 27. April 1927 ebenfalls gekündigt. Auch hier wurde ein ab 1. Juni 1927 gültiger Schiedspruch gefaßt. Dieser Schiedspruch sah für die Schichtlöhne der Hebertagearbeiter eine Erhöhung von 2 1/2 Prozent und der Untertage-arbeiter von 5 Prozent vor. Dazu kommen noch die gesetzmäßigen Zuschläge für Heberarbeitszeit: für die neunte Arbeitsstunde 15 Prozent und für die zehnte Arbeitsstunde 25 Prozent. Auch wurde in diesem Schiedspruch festgelegt, daß der Mindestlohn der Dauer nicht mehr wie früher 5 Prozent unter dem Reparatur-hauererichthler stehe, sondern mit diesem gleichgestellt sei. Den jugendlichen Arbeitern von 15 und 16 Jahren wurden durch diesen Spruch drei Arbeitstage Urlaub zugesprochen.

### Ueber die Löhne

gibt die nachstehende Zusammenstellung Aufschluß. Sie betruget im Durchschnitt, auf die Gesamtbelegschaft einschließlich der Nebenbetriebe berechnet (in Mark):

1924 Januar	1,52 Mk.	1926 Januar	6,61 Mk.
Oktober	5,58 "	Oktober	7,01 "
1925 Januar	6,00 "	1927 Januar	7,14 "
Oktober	6,10 "	August	7,33 "

Auch in der Braunkohle sind sowohl in der Arbeitszeit als auch in den Lohnforderungen Fortschritte gemacht.

Der Lohn wurde am 1. Juni um 6 Prozent und am 1. Oktober um ein weiteres Prozent bzw. um 1 Pf. pro Stunde erhöht. Auch hier erhalten die jugendlichen Arbeiter unter 17 Jahren und die Lehrlinge einen bezahlten Urlaub von drei Tagen.

Der Arbeitszeit-schiedspruch vom 11. April 1925 bzw. vom 11. September 1926 wurde am 29. August 1927 zum 30. Sep-tember 1927 gekündigt.

Auch hier wurde — wiederum nach langwierigen Verhandlungen und nach Befestigung der Werte durch den Schlichter und die Vertreter der Gewerkschaften — am 1. Oktober ein Schieds-pruch gefaßt. Danach wird sich die jetzt bestehende Arbeitszeit von neun Stunden mit zehnstündiger Schichtzeit ab 30. Januar 1928 um eine halbe Stunde und ab 2. April 1928 nochmals um eine halbe Stunde erniedrigen. Dadurch wird die Arbeitszeit 8 1/2 und die Schichtzeit 9 Stunden betragen. Durch diesen Schiedspruch wurde ferner der nach der Auffassung der Unternehmer nicht mehr in Kraft befindliche Manteltarifvertrag wieder in Kraft gesetzt. Da

### der Lebenshaltungsindex fortgesetzt im Steigen

begriffen ist, wurden sowohl in der Steinkohle wie auch in der Braunkohle Anträge auf eine zwichentarifliche Lohn-erhöhung gestellt. Der Arbeitgeberverband für das Nachener Steinkohlen-revier lehnte diese berechtigte Forderung mit einem provokatorisch wirkenden Schreiben vom 31. Oktober 1927 rundweg ab. Auch die Unternehmer der Braunkohle lehnten eine zwichentarifliche Lohn-erhöhung ab.

Die Betriebsrätewahlen für den Nachener Bergbau fanden am 28. und 29. März statt. Dieselben hatten folgendes Ergebnis: Bergarbeiterverband 9420 Stimmen und 100 Mandate oder 62,2 Prozent, christlicher Gewerksverein 6698 Stimmen und 61 Mandate oder 37,8 Prozent.

Betreffs der Heberarbeit muß gesagt werden, daß nach dem Inkrafttreten des Arbeitszeitgesetzes vom 14. April 1927 hauf dem

Scharfen Kontrolle unserer Betriebsräte das Verfahren von Ueber-

Die Rechtsabteilung wurde im laufenden Jahre stark in Anspruch genommen.

Auf dem Gebiete der Sozialversicherung ist der Rechtschönig in 308 Fällen in Anspruch genommen worden.

Beklagt auf die regimäre Tätigkeit der Bezirksleitung, arbeiteten auch unsere Funktionäre fleißig an dem weiteren Auf- und Ausbau der Organisation mit.

Bezirk Saargebiet.

Wieder ist ein Jahr unter der Regierung des Völkerbundes für die Saarbergarbeiter vorüber.

Im Berichtsjahre 1926 wurden die Lohnverhältnisse durch die Inflation und die damit verbundene Teuerung beeinflusst, welche letzterer die Löhne immer nur in einem gewissen Abstand folgten.

Die Herabsetzung der Kohlenpreise diente der Grubenverwaltung zum Anlaß, eine Herabsetzung der Löhne um 13 Prozent anzukündigen.

Der durchschnittliche Hauertariflohn (ohne Familienzulage) betrug am 1. Januar d. J. 38,94 Fr., ab 16. März 37,45 Fr. (weniger 1,49 Fr. = 3,8 Proz.).

Der Preis pro Tonne Deputatkohlen betrug früher 1 Fr. und wurde auf einen Hauertariflohn von 36 Fr. erhöht.

Die Lage am Saarkohlenmarkt.

welche im Jahre 1926 infolge des englischen Streiks und des damit verbundenen Ausfalls der englischen Kohleneinfuhr nach Frankreich günstig war, verschlechterte sich im Jahre 1927, das uns damit eine der härtesten Krisen des Saarbergbaues brachte.

Die Schwere der Krise zeigt sich am besten in der nachstehenden Tabelle über die Zahl der eingeleiteten Feiertagsarbeiten und die riefen gemachten Halbenbestände:

Table with 3 columns: Ende, Zahl der Feiertagsarbeiten, Halbenbestand. Rows for 1926 and 1927 (Januar to Dezember).

2 Feiertagsarbeiten und die Förderung von 13 Schichten als Halbenbestand betrafen, daß für eineinhalbe Monatsförderung im Jahre 1927 kein Absatz zu finden war.

Die Bemühungen der Bergarbeiterverbände bei der deutschen und der französischen Regierung brachten Ende des Berichtsjahres eine kleine Erleichterung, welche sich in einer verringerten Zahl von Feiertagsarbeiten sowie in einer geringeren Vermehrung der Halbenbestände bemerkbar machte.

Gegenüber der übrigen Arbeiterschaft des Saargebietes standen die Bergarbeiter mit ihrem Einkommen um den Ausfall der Feiertagsarbeiten zurück.

Die ungünstigen Absatzverhältnisse veranlaßten dann die Grubenverwaltung, rigorose „Rationalisierungsmaßnahmen“ zu ergreifen, nach dem Doktor-Eisenbahrt-Rezept französischer Saargrubeningenieure, die eigens eine Studienreise nach dem Ruhrgebiet gemacht hatten.

Die Gewerkschaften erhoben gegen die Massenentlassungen Einspruch und verlangten: wenn Arbeiter zuviel vorhanden seien, die Belegschaft durch den natürlichen Abgang zu reduzieren.

Die Kopfleistung der Belegschaft

hat sich im Jahre 1927 wesentlich erhöht. Die bisher vorliegenden Zahlen der Belegschaftsverminderung und Kopfleistung zeigen folgendes Bild:

Table with 3 columns: Year/Month, Belegschaftsstärke, Leistung pro Kopf. Rows for 1920 (Januar) and 1927 (Januar to Oktober).

Die Belegschaftsstärke der Saargruben betrug im Jahre 1913 56 869, im Januar 1920 (bei der Uebernahme der Gruben) 63 778, und wurde in der weiteren Nachkriegszeit erheblich gesteigert.

Schiedspruch für die Schwerindustrie!

Nach ergebnislosen Parteiverhandlungen ist die Frage der Arbeitszeit und des Lohnes in der westdeutschen Schwerindustrie durch Schiedspruch entschieden worden.

Der Schiedspruch sieht für die Thomastahlwerke und ihre Walzenstrahlen, soweit sie die Thomaserzeugnisse in einer Höhe bearbeiten, die Achtstundenschicht vor.

Martins, Elektro- und Tiegelfabrikwerke erhalten vom 1. Febr. 1928 die dreigeteilte Schicht, soweit nicht Ausnahmen bewilligt werden.

Für die weiterverarbeitende Industrie bleibt es bei der alten Arbeitszeit vorbehaltlich der Prüfung der Verhältnisse durch eine gemischte Kommission und vorbehaltlich eines neuen Schlichtungsverfahrens.

Die Lohnverhältnisse sind in der Schwerindustrie nicht günstig. Der Schiedspruch gibt zu, daß die Arbeiter seit der Prozentigen Lohnerhöhung im März einen Lohnausfall durch die Teuerung gehabt haben.

Für 70- bis 75 000 Hüttenarbeiter, die in den Abjufagen und weiterverarbeitenden Betrieben beschäftigt sind, kommt eine Arbeitszeitverkürzung überhaupt nicht in Frage und der Lohnausgleich ist vollständig ungenügend.

Der Deutsche Metallarbeiterverband, die Hirsch-Dunderichen und die Unternehmer haben beide Schiedsprüche abgelehnt, die Christlichen nahmen den Arbeitszeitschiedspruch an und lehnten den Lohnschiedspruch ab.

Die Unternehmer haben ihre Drohung mit der Stilllegung noch nicht zurückgezogen. Sie haben sogar noch nach dem Schiedspruch in Verkin mit Vertretern der Arbeiter-

Die Leistungen in der Sozialgesetzgebung

des Saargebietes bilden seit der Abtrennung nur einen Bruchteil gegenüber derjenigen des Reiches. Im Jahre 1927 waren mehrfach Verhandlungen notwendig, um den Knappschaftspensionären die monatliche Zulage aus dem aufgewerteten Vermögen des Saar-Knappschaftsvereins bei dem früheren Rückversicherungsverband zu sichern.

Die Arbeitsrechtsgesetzgebung

erfuhr eine wesentliche gesetzliche Veränderung nicht. Die Arbeitstammer hat sich im Laufe des Jahres mit einem Entwurf des Fortbildungsschulwesens, einem solchen des Tarifrechts, sowie mit der gesetzlichen Regelung des Urlaubs Jugendlicher beschäftigt.

Das Jahr 1927 war für die Saarbergarbeiter eines der ungünstigsten in der Nachkriegszeit. Lohnabbau, Feiertagsarbeiten, Massenentlassungen waren die Merkmale der Kohlenwirtschaftslage.

Es gelang, die bisherige Arbeiterschaft zu erhalten, ja mehrere Verbesserungen durchzusetzen, den vom Unternehmertum geplanten Lohnabbau und die Feiertagsarbeiten zu verringern sowie eine Notunterstützung und geringe Vergütung der Feiertagsarbeiten zu erreichen.

Erwähnt sei noch die Wiedergewährung der Jahrgelbunterstützung an die im Saargebiet beschäftigten und im besetzten Gebiet wohnenden Bergarbeiter, welche ebenfalls als ein Erfolg des Verbandes mit zu buchen ist.

Organisatorisch gestärkt und gefestigt sehen wir der Zukunft entgegen. Dieselbe zeigt wohl noch keinen Lichtschimmer einer wirtschaftlichen Besserung.

Im kommenden Jahr 1928, in welchem die Arbeiterklasse fast aller größeren Staaten mit den Gegnern im Wahlkampf die größten Kämpfe um den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Einfluß führt, hofft auch die Saarbergarbeiterchaft von neuem, einen Schritt vorwärts zur Liquidierung des heutigen unhaltbaren Zustandes des Saargebietes zu kommen.

tangeellschaft verhandelt, wahrscheinlich über ausländische Uebernahme von Aufträgen im Falle des Kampfes.

Die Schiedsprüche sind vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

Der Minister hat damit seine seit Monaten fortgesetzten Verhandlungen mit den Unternehmern abgeschlossen.

Bereits im September schlossen die Vereinigten Stahlwerke, die Maximilianshütte, Krupp, Klöckner, Gute Hoffnungshütte, Hoejch, Mannesmann, Demag, Peiner Walzwerk, Ober-schleifische Hüttenwerke und Feltex & Guilleaume, einen Vertrag, der sinngemäß folgendes besagte:

Wenn eine Arbeitszeitverkürzung infolge der Verordnung vom 16. Juli 1927 erfolgt, darf keine Lohnerhöhung und auch kein Lohnausgleich stattfinden.

Anfang Oktober folgten Verhandlungen der Unternehmer mit dem Reichsarbeitsminister. Mitte Oktober zerbrach die bis dahin bestandene Front der Arbeitgeberorganisationen.

Ueber die Vorgänge und Zusammenhänge dürfte noch sehr viel von den beteiligten Organisationen polemisiert werden.

# Beendigung des Lohnstreits im Waldenburg-Neuroder Kohlenrevier.

Die Funktionärskonferenzen der Bergarbeiterverbände vom 11. Dezember hatten die an den Arbeitgeberverband gestellten Forderungen nochmals in ultimativer Form erhoben und deren Erledigung bis zum 20. Dezember verlangt. Der Schlichter griff nun von Amts wegen in den Lohnstreit ein und lud die Parteien zum 16. Dezember zu Verhandlungen. Infolge plötzlicher Erkrankung trat an die Stelle des Schlichters das Reichsarbeitsministerium. Die Verhandlungen fanden am 19. Dezember unter Vorsitz des Oberregierungsrats Classen statt. Nachdem eine Einigung zwischen den Parteien nicht erzielt werden konnte, fällt eine Schlichterkammer nach zehntägigen Verhandlungen folgenden Schiedspruch:

### Waldenburger Revier.

Die am 30. September 1927 gefällte Lohnordnung wird mit der Maßgabe wieder in Kraft gesetzt, daß

1. ab 1. Januar 1928 betragen: der Hauerdurchschnittslohn 6,40, der Zimmerhauerlohn 5,10 und der Handwerkerlohn 5,30 Mk.
2. Ab 1. April 1928 betragen: der Hauerdurchschnittslohn 6,60, der Zimmerhauerlohn 5,60 und der Handwerkerlohn 5,50 Mk.

Die übrigen Lohnsätze errechnen sich für die Untertagearbeiter in dem gleichen Verhältnis, wie der Zimmerhauerlohn erhöht wird, für die Nebertagearbeiter in dem Verhältnis der Erhöhung des Handwerkerlohnes gegenüber dem bisherigen Tariflohn.

Der Hauermindestlohn ist gleich dem Zimmerhauerlohn. Die bisherigen Abschlüsse für die Handzehen des Waldenburger Reviers fallen ab 1. Januar 1928 fort. Diese Regelung gilt bis auf weiteres; sie ist erstmalig zum 30. September 1928 mit Monatsfrist kündbar.

### Neuroder Revier.

(Vermerkt: Im Einverständnis der Tarifparteien werden die Herren Generaldirektor Dr. Bierhaus und Dr. Noack durch die Herren Bergvater v. Brauenmühl und Bergwerksdirektor Höflich als Arbeitgebervertreter ersetzt.)

Die zum 30. September 1927 gefällte Lohnordnung wird mit der Maßgabe wieder in Kraft gesetzt, daß

1. Ab 1. Januar 1928 betragen: der Hauerdurchschnittslohn 5,10, der Zimmerhauerlohn 4,75 und der Handwerkerlohn 4,75 Mk.
2. Ab 1. April 1928 betragen: der Hauerdurchschnittslohn 5,55, der Zimmerhauerlohn 4,90 und der Handwerkerlohn 4,90 Mk.

Die übrigen Lohnsätze errechnen sich für die Untertagearbeiter in dem gleichen Verhältnis wie der Zimmerhauerlohn erhöht wird, für die Nebertagearbeiter in dem Verhältnis der Erhöhung des Handwerkerlohnes gegenüber dem bisherigen Tariflohn.

Der Hauermindestlohn ist gleich dem Zimmerhauerlohn. Diese Regelung gilt bis auf weiteres; sie ist erstmalig zum 30. September 1928 kündbar.

Funktionärskonferenzen der Bergarbeiterverbände nahmen am 18. Dezember zum Schiedsbruch Stellung. In der Konferenz der freien und der Reichs-Dauerlohn-Gewerkschaften gab Kamerad Schmidt-Vorham einen ausführlichen Bericht über die zehntägigen Verhandlungen. Er betonte, daß der Schiedspruch ein nennenswerter tarifvertraglicher Erfolg sei.

Daß mit dem Schiedspruch auch eine Lohnerhöhung verbunden sei, ist nicht abzuleiten. Wie hoch diese Lohnerhöhung jedoch sein wird, das in Zahlen auszudrücken ist im Augenblick unmöglich. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß der Schiedspruch keine Befriedigung bringt. Die Ansprache über den Bericht war eine außerordentlich erregte. Alle Redner forderten die Ablehnung des Schiedspruches, die Mehrzahl der Redner trat für sofortigen Streik ein.

Kamerad Schmidt machte in seinem Schlusswort auf die Folgen aufmerksam, die sich ergeben müßten, wenn am Montag früh die Belegschaft in den Streik einträte und schließlich noch am Montag die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches erfolgte.

Die Abstimmung ergab, daß der Schiedspruch einstimmig abgelehnt wurde. Die Abstimmung über Streik oder Nichtstreik ergab die Ablehnung mit 112 gegen 81 Stimmen.

Am 19. Dezember fanden vor dem Reichsarbeitsministerium Verhandlungen über die Verbindlichkeitserklärung statt. Trotzdem die Arbeitgeber in den Verhandlungen, wie auch vor der Schlichterkammer, die Untragbarkeit des Schiedspruches betonten, stellte sich nun heraus, daß die Arbeitgeber den Schiedspruch angenommen und die Verbindlichkeitserklärung beantragt hatten. Die Organisationsvertreter stellten nach Eintritt in die Verhandlungen die Frage an den Vorsitzenden bzw. an die Arbeitgeber, ob sie in der Lage seien, ihnen zu beantworten, wie hoch die Lohnerhöhung je Mann und Schicht ab 1. Januar 1928 sei. Es stellte sich heraus, daß diese Frage weder vom Vorsitzenden, noch vom Vertreter des Arbeitgeberverbandes beantwortet werden konnte. Die Organisationen erlaubten deshalb den Reichsarbeitsminister dringend, von einer Verbindlichkeitserklärung abzusehen, da der Schiedspruch wohl eine Annäherung der Tariflöhne an die Effektivlöhne vorsehe, aber nicht mit Bestimmtheit behauptet werden kann, ob und in welcher Höhe eine Lohnerhöhung eintrete. Zudem bliebe die Ungerechtigkeit zwischen einzelnen Gruppen der Lohnordnung bestehen, deren Beseitigung ein dringendes Erfordernis ist.

Nach getrennten Verhandlungen gab der Vertreter des Arbeitgeberverbandes noch die Erklärung ab, daß über die Gruppen A1 und 2, die Gruppen E1 (a und b) und die Gruppe E2 der Lohnordnung im Revier noch einmal verhandelt werden soll. Kommt eine Einigung nicht zustande, so unterwerfen sich beide Parteien einer Regelung, die durch den Schlichter Oberregierungsrat Classen gefällt wird.

Trotz Warnung der Gewerkschaften ist die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches bereits am Abend des 19. Dezember ausgesprochen worden.

# Lohnsteuerbetrag.

Auf Betreiben der Sozialdemokraten entstand 1925 die Lex Brüning, mit der man sich abfinden mußte, weil von dem Reichstag nicht mehr zu erlangen war. Danach wurde das Aufkommen der Lohnsteuer auf 100 Millionen jährlich festgesetzt. Wenn die Einnahmen in zwei Quartalen höher wurden als 100 Millionen monatlich, sollte eine neue Senkung der Lohnsteuer erfolgen, damit der Eingang wieder auf 100 Millionen monatlich gesunken wird. Als der Lohnsteuerertrag in diesem Jahr erkennen ließ, daß der Eingang erheblich über 100 Millionen im Monat lag, verlangten die Sozialdemokraten dringend das Einlösen der Lex Brüning. Die Regierung hatte es nicht eilig und der Rechtsblock bog die Lex Brüning schon in den Verhandlungen über die Beamtenbefoldung mit den Ländern um, indem vereinbart wurde, daß die 1200 auf 1300 Millionen erhöht werden sollten. Vorher erklärte der Reichsfinanzminister im Reichstagsplenum, daß die Lex Brüning „selbstverständlich“ durchgeführt werde!

Die Sozialdemokraten haben im Ausschuss die Vorlage wesentlich verschlechtert. An Stelle der zwei Quartale haben sie das ganze Jahr 1928 festgesetzt. Also erst wenn Ende 1928 sich herausstellt, daß 1300 Millionen überschritten sind, kann zum 1. April 1929 eine Senkung der Lohnsteuer stattfinden. Wenn die Wirtschaftslage gut bleibt, ist es nicht ausgeschlossen, daß bis 1. April 1928 300 bis 350 Millionen Mark Lohnsteuer mehr in die Reichskasse fließen, als nach der Lex Brüning erlaubt war. Die Regierung rechnet mit 120 Millionen Mark Eingang für 1928, die sozialdemokratische Fraktion mit 140 nach der bisherigen Entwicklung.

Die Regierungsausgaben für die Beamtenbefoldung wurden mit 310 Millionen Mark berechnet. Diese Summe wird allein durch Verschlechterung der verprochenen Lohnsteuererträge heringebracht, nachdem vorher schon durch die Erhöhung der Postgebühren 160 Millionen gesichert waren!

Die Beamten sind an dieser Entwicklung schuldlos. Auch ihnen gegenüber sind die großen Versprechungen nicht erfüllt worden, für untere Gruppen kommt nur eine winzige Verbesserung der Gehälter heraus!

Der Ausschuss ließ die Regierungsvorlage fallen und arbeitete einen neuen Entwurf aus. Danach soll der Lohnsteuerbetrag um 15 Prozent gekürzt werden, jedoch um nicht mehr als 2 Mk. monatlich. Außerdem soll der abzugsfähige Betrag für Sonderleistungen, Bekleidungen, Sterbegeld usw. für den Steuerpflichtigen von 180 auf 600 Mk., für die Ehefrau und für jedes Kind von 100 auf 250 Mk. erhöht werden. Eine weitere Senkung der Steuer soll erst eintreten, wenn das jährliche Aufkommen daraus 1300 Millionen übersteigt.

Wie verriecht die neue Ordnung ist, zeigen einige Beispiele, die die „Frankfurter Zeitung“ errechnet:

Vorlage.	Ausgangsbeispiel.	
1. Verheiratete mit 3 Kindern, 3000 Mk. Jahreslohn: Abzüge 2520 Mk., zu versteuern 480,00 Mk. 9 % von 480 Mk. 43,20 „	bisherige Steuer ab 15 % 81,00 „	Verbesserung gegen Vorlage 30,00 „
2. Unverheiratete mit gleichem Einkommen: Abzüge 1200 Mk., zu versteuern 1800,00 Mk. 9 % von 1800 Mk. 162,00 „	bisherige Steuer ab höchstens 24,00 „	Verbesserung gegen Vorlage 6,00 „
3. Verheiratete, 3 Kinder, 2400 Mark Lohn: Da 2520 Mk. frei sind, keine Steuer; bisherige Steuer 24,00 „	bisherige Steuer ab 15 % 3,60 „	Verbesserung gegen Vorlage 20,40 „
1. Unverheiratete, 2400 Mark Lohn, abzugsfähig 1200 Mk.: Steuer 9 % von 1200 Mk. 108,00 „	bisherige Steuer ab 15 % 18,00 „	Verbesserung gegen Vorlage 6,00 „

Zum Beispiel 1 ver schlechert sich die fünfköpfige Familie gegenüber der Vorlage um 30,00 Mk., sie verbessert sich gegenüber der bisherigen Steuerleistung um 12,60 Mk., der Unverheiratete mit gleichem Einkommen aber (Beispiel 2) verbessert sich gegenüber der bisherigen Steuer um 24 Mk. und auch gegenüber der Vorlage um 6 Mk. Zum Beispiel 3 ver schlechert sich die fünfköpfige Familie gegenüber der Vorlage um 21 Mk., während der Unverheiratete sich um 6 Mk. besser stellt. Der fünfköpfigen Familie wird gegen jetzt die Steuer nur um 3,60 Mk. ermäßigt, dem Unverheirateten dagegen um 18 Mk.

Die Volkspartei beantragte Wiederherstellung der Regierungsvorlage mit weiteren Verschlechterungen. Sie wollte

1. die Herabsetzung des Steuertarifs für die großen und größten Einkommen,
2. Besteuerung der Einkommen nach dreijährigem Durchschnitt statt des einjährigen Ertrages,
3. die Befreiung des Quellensteuerprinzips auf dem einzigen schmalen Gebiet, wo es außer der Lohnsteuer vorhanden ist, bei der Kapitalertragsteuer.

Als ihre drei Anträge, die das forderten, abgelehnt waren, hat sie ihr Ziel nicht aufgegeben, sondern ein prinzipielles Zugeständnis erzielt, das in der Annahme der Resolution im Ausschuss zum Ausdruck kommt, wonach ein Ausschuss zur Prüfung der Frage eingesetzt werden soll, ob und von welchem Zeitpunkt ab bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer zum dreijährigen Durchschnitt übergegangen werden kann. Das war der Kaufpreis der Zustimmung der Deutschen Volkspartei zum Antrag der übrigen Regierungsparteien, und das Zentrum hat sich bereit erklärt, diesen Kaufpreis zu zahlen.

Trotzdem brachte die Volkspartei im Plenum einen neuen Antrag ein, der zwar sein Ziel nicht erreichte, aber doch die Richtung zeigte, in der die Steuerpolitik des Bürgerblocks marschiert. Nach diesem Antrag würde die Steuerlast eines ledigen Lohnsteuerpflichtigen, der ein Monatseinkommen von 125 Mk. hat, künftig um 3 Mk. ermäßigt werden. Bei einem Einkommen von 30000 Mk. aber würde die Ermäßigung auf 150 Mk. klettern, bei 50000 Mk. schon 3500 Mk., bei 200000 Mk. 11500 Mk. und bei einer Million gar 51500 Mk. betragen.

Für die Vermissten eine Senkung um wenige Mark, für die Reichen um Zehntausende! Das ist die Deutsche Volkspartei, der dummerweise noch Hunderttausende Arbeiter ihre Stimme gaben! Bis in die letzte Arbeiterhütte hinein sollte das Verhalten dieser „Volkspartei“ bekannt und gewürdigt werden!

# Konferenz der Bergarbeiterinternationale.

Am 13. und 14. Dezember fand in Genf eine Konferenz des Exekutivkomitees der Bergarbeiterinternationale statt. Genf war gewählt worden, damit die Delegationen zugleich Gelegenheit hätten, Einwendungen gegen den Berichtsentwurf des Internationalen Arbeitsamtes über die Erhebung betreffend Arbeitszeit und Entlohnung im internationalen Bergbau mit den Beamten des Internationalen Arbeitsamtes zu besprechen. Dies ist mit gutem Erfolg an zwei Tagen geschehen. Manche Anregungen der Organisationsvertreter werden bei dem Bericht berücksichtigt werden, und wo das nicht möglich ist, wird in Anmerkungen die Auffassung der Bergarbeiterorganisation zum Ausdruck gebracht.

Als das Komitee Anfang 1926 in Genf war, um diese Untersuchung einzuleiten, fand die Tagung noch im alten Gebäude des IMA statt. Seitdem hat das Amt das neue Gebäude am Ufer des Genfer Sees bezogen. Es ist ein imposanter, aber sehr einfacher Bau. Um einen großen Lichthof gruppieren sich die vier Seiten des Gebäudes, an der Längsfront mehr als 40 Fenster fünf Stock hoch. Die Arbeitsräume sind sehr einfach ausgestattet, der Raum im ganzen ist ziemlich besetzt, so daß wesentliche Ausdehnung ohne Neubau nicht möglich ist. Künstlerlicher Schmuck findet sich nur in den allgemeinen Räumen. Im Hauptportal trägt die Frontwand eine große Inschriftstafel, vom IMA gestiftet, auf der in englisch, französisch, deutsch und spanisch der Text des Friedensvertrages wiedergegeben ist, der sich auf die soziale Frage und das Internationale Arbeitsamt bezieht. An der linken Wand befindet sich ein Riesengemälde, ein sinnliches Gemälde, Dolzhauer im Walde darstellend. Den Treppenaufgang flankieren zwei überlebensgroße Bronzefiguren Miniers: Hüttemann und Reparaturbauer. Das fünfteilige Fenster am Treppenaufgang ist ein Geschenk des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, es zeigt in schöner Glasmalerei Landwirtschaft, Bergbau, Hüttenwesen, Baugewerbe und Transportgewerbe. Im großen Konferenzsaal sind die von England gestifteten Möbel aus indischem Vorbeer angefertigt, wunderbare Teppiche, hergestellt von flüchtigen Armeniern unter Kaufens Schutz, sind griechisches Geschenk. Zwei Riesennetzwaffen mit eingelegter Arbeit, die auf 80000 Mk. Wert geschätzt werden, sind ein Geschenk Japans. Unsere Konferenz fand im „amerikanischen Zimmer“ statt, das ganz vom Amerikanischen Gewerkschaftsbund eingerichtet ist. An einer Wand hängt das Bild von Comper, an der Gegenseite ein schönes Bild: „Das Leben siegt über den Tod“, auf dem über zwei Kriegsgleichen eine junge Mutter ihren Säugling hält.

Auf der Konferenz selbst waren vertreten: England durch Cook, Richardson und Smith; Deutschland durch Dr. Berger, Dufemann und Limberg; Frankreich durch Bard, Quintin und Vigne; Belgien durch Dejardin, Delattre und Lombard; Polen durch Stanczyk und die Tschechoslowakei durch Jarolim.

Der Präsident Smith gedachte bei der Eröffnung verunglückter Bergleute in Spanien und Belgien sowie des verstorbenen englischen Gewerkschaftsführers Frank Hall.

In der Besprechung des von der „Bergarb.-Ztg.“ angeregten schwedisch-russischen Falles konnte noch nicht festgestellt werden, ob die schwedischen Bergarbeiterführer, die ein schwedisch-russisches Bergarbeiterkomitee gründeten, den schwedischen Verband verpflichtet haben, oder ob es sich nur um Seitenhiebe von Lokalbeamten handelt. Anfragen des Intern. Sekretärs sollen darüber Klarheit schaffen; die nächste Konferenz wird dann prüfen, ob unter den obwaltenden Umständen die Mitgliedschaft des schwedischen Verbandes in unserer Internationale möglich ist.

In der Frage der Unterstützung der italienischen Gewerkschaftsbewegung wurde der Sekretär instruiert, auf der nächsten für diesen Fall in Berlin geplanten Konferenz dafür einzutreten, daß diese Unterstützung durch den IMA, und erforderlichenfalls darüber hinaus durch die gewerkschaftlichen Landeszentralen geleistet werde.

In einer längeren Aussprache wurde dann die Untersuchung des IMA über Arbeitszeit und Entlohnung der Bergarbeiter in den verschiedenen Kohlenländern behandelt. Die englischen Kameraden standen der Untersuchung sehr mißtrauisch gegenüber, da die Zahlen und Vergleiche aus 1925 zu günstig seien und außerdem nicht übereinstimmen mit den von den paritätischen Kommissionen in England veröffentlichten Zahlen. Andere Delegationen wiesen darauf hin, daß die Grundlage der Untersuchung nur das Jahr 1925 sein konnte, spätere Veränderungen erscheinen in Anhängen, so daß sich ein fortlaufendes Bild ergibt. Beanstandungen sind eine Menge zu machen, da Bergarbeitervertreter aus zwei Ländern zu spät, aus anderen während der Untersuchung gar nicht gehört worden sind. In Konferenzen mit dem IMA sollen Berichtigungen und Anmerkungen für den Bericht verlangt werden. Die Verantwortung für den Bericht liegt natürlich ganz beim IMA. Das Komitee laßte zu dieser Frage folgende Entschliessung:

„Das Internationale Bergarbeiterkomitee nimmt zur Kenntnis, daß das Internationale Arbeitsamt unter seiner alleinigen Verantwortung einen Bericht betreffend die von ihm in der Bergbauindustrie durchgeführte Erhebung veröffentlicht hat und erwartet es als notwendig, daß diese Veröffentlichung in deutscher, englischer und französischer Sprache erscheint, um die Vertreter der Bergleute in jedem Lande in den Stand zu setzen, diesen Bericht zu prüfen und die notwendigen Einwände und Bemerkungen zu machen.“

Am zweiten Konferenztag berichtete der Sekretär Delattre über die von ihm veranlaßte Erhebung über die Reorganisation der Bergwerke (Nationalisierung, internationale Kohlenverständigung, Nationalisierung resp. Sozialisierung). Eine Reihe der angeschlossenen Organisationen haben berichtet. Norwegen spricht sich gegen internationale Regelung aus. Der umfangreichste Bericht über diese Frage liegt von Deutschland vor. In eingehender Aussprache wurde allseitig dem Sekretär der Dank für seine Vorbereitung und Bearbeitung der Frage ausgesprochen. Die Vertreter aller Länder besprachen die Verhältnisse ihres Kohlenbergbaues und die internationale Verständigung.

(Die Lage in den einzelnen Ländern werden wir in den nächsten Nummern der „Bergarb.-Ztg.“ besonders schildern. D. Red.)

Angenommen wurde folgende Entschliessung: „Das Exekutivkomitee des Internationalen Bergarbeiterverbandes dankt dem Sekretär für die ausgezeichnete Art, in der er seinen Bericht über die Lage der Bergwerksindustrie vorbereitet hat. Dieser Bericht und der Entwurf zu einer diesbezüglichen Entschliessung soll den verschiedenen angeschlossenen Organisationen zur Erwägung vorgelegt werden und bei einer späteren Zusammenkunft dieses Exekutivkomitees rechtzeitig vor dem nächsten Internationalen Kongress Besprechung finden.“

Der provisorische internationale Sekretär, Kamerad Delattre-Brüssel, kann die Geschäfte auf die Dauer nicht führen, da er auch Parlamentarier ist. Die Frage der Gestaltung des internationalen Sekretärs und die eventuelle Wahl eines neuen Sekretärs soll auf dem nächsten Internationalen Kongress erledigt werden. Für die Geschäftsführung und die Kosten, die ihm aus dem Besuch der Komiteesitzungen entstehen, wurde dem provisorischen Sekretär eine mäßige Entschädigung bewilligt. Der nächste Kongress soll am 28. Mai in Miami (Südfrankreich) beginnen. Vorschläge für die Tagesordnung sind baldigt einzuweisen, so daß das Komitee dazu möglichst schon in einer neuen Sitzung am 20. Februar Stellung nehmen kann.

Nach Kenntnisnahme des Kasienberichts fand die Sitzung mit dem Dank des Präsidenten für die Unterstützung des IMA und dem Dank der Konferenz für die Geschäftsführung des Präsidenten ihr Ende.



### Braunkohlenfelder für Berlin.

Ein Beschluss der Bewag. — Sicherheit für die Zukunft.

In aller Stille, unbemerkt von der großen Öffentlichkeit, haben sich die Berliner Elektrizitätswerke ein riesiges Braunkohlenvorkommen in der Nähe von Berlin gesichert. Das Vorkommen findet sich im nördlichen Teil des Kreises Guben auf dem linken Ufer der Oder, südwestlich von Fürstenberg a. O. Das Fundgebiet steht mit Berlin durch die Oder und den Oder-Spree-Kanal in Wasser Verbindung. Der Wasserweg von Fürstenberg bis Berlin beträgt rund 100 km.

Die Abbaugerechtigkeit geht durch Verträge mit den verschiedenen Grundstücksbesitzern, unter deren Flächen die Kohlen liegen, an die Bewag über. Die Grundstücksbesitzer erhalten nach den Verträgen ein einmaliges Wartegeld sowie nach Aufnahme der Kohlenförderung einen Tonnenzins. Die Zahlung des Wartegeldes ist nach 20 bzw. 40 bzw. 60 Jahren zu wiederholen, falls die Bewag bis dahin mit der Ausbeute der Kohlenfelder nicht begonnen hat. Durch Nichtzahlung des Wartegeldes nach 20 bzw. 60 Jahren verfällt die Abbaugerechtigkeit, die Bewag ist also zum Kohlenabbau nicht verpflichtet.

Das gesamte Kohlenvorkommen, soweit es durch die Verträge erfasst ist, beträgt nach den angestellten Bohrungen rund 640 Mill. Tonnen brutto. Das tatsächlich durch die Verträge beherrschte Vorkommen ist erheblich größer, da gewisse Zwischen- und Randgebiete, die ebenfalls Kohlen führen, aber in die Verträge nicht eingezogen sind, von einem Dritten, der über das Hauptflöz nicht verfügt, nicht verwertet werden können. In der Nähe von Lawitz ist ein Versuchsschacht niedergebracht worden. Die Untersuchung des dabei gefördert Materials hat ergeben, daß das Vorkommen aus einer guten Lausitzer Braunkohle besteht. Da das Deckgebirge eine Mächtigkeit hat, die zwischen 60 und 130 m liegt, so kann die Kohle nicht mehr im Tagebau, sondern nur im Tiefbau gefördert werden.

Der Umstand, daß die Kohle nur im Tiefbau zu gewinnen ist, also gegenüber der im Tagebau geförderten Braunkohle zurzeit nicht konkurrenzfähig ist, verhindert, daß mit dem Abbau des Vorkommens schon jetzt begonnen wird. Der Abschluß der Verträge stellt also mehr eine Sicherung für die Zukunft dar, als den Beginn eines Gegenwartsunternehmens. Trotzdem hat der Aufsichtsrat der Bewag — in ihm spielen die sozialdemokratischen Mitglieder eine wesentliche Rolle — einstimmig beschlossen, dieser Sicherung einer zukünftigen Brennstoffbasis der städtischen Elektrizitätswerke zuzustimmen.

Maßgebend für diesen Entschluß war einmal die Erwägung, daß Bodenschätze, wie Braunkohlen, in die Hand der Allgemeinheit gehören. Zweitens aber war die Erwägung bestimmend, daß die Kohlenindustrie in einer raschen Entwicklung begriffen ist, wie sie durch die Stichworte Vergasung, Verschwelung und Verflüssigung umschrieben ist. Der Aufschwung der Kohlenchemie kann zur Folge haben, daß es vielleicht in naher Zukunft rationell wird, Braunkohlen auszuheben, deren Förderung zurzeit im Tiefbau bei einfacher Verbrennung der Kohlen unrentabel ist.

### Direkte Stahlerzeugung.

Hoesch baut eine Großanlage zur direkten Erzeugung von Stahl aus Erz. Nach dem Verfahren soll ein Material mit jedem gewünschten Kohlenstoffgehalt erzeugt werden können. Die Produktionskosten sollen um 30 Prozent niedriger sein. Das Siemens-Martin-Verfahren soll durch die neue Methode überholt sein. Ob sich aber diese Erwartungen erfüllen, bleibt abzuwarten.

### Vom internationalen Stahlkartell.

Die Verhandlungen über Beteiligungsziffern in Halbfabrikaten und Trägern sind gescheitert. Frankreich hatte eine um 15 Prozent erhöhte Beteiligung verlangt, damit die im Krieg zerstörten und noch nicht voll ausgebauten Werke nach Fertigstellung in der Lage seien, ihre Produktionskraft voll zu entfalten. Darüber wäre wohl eine Einigung zu erzielen gewesen, sie scheiterte aber an den belgischen Wünschen. Belgiens Beteiligung sollte von 500 000 auf 620 000 To. festgesetzt werden, doch verlangten die belgischen Unternehmer noch 100 000 To. mehr, außerdem sollte die Belieferung Belgiens mit deutschen und französischen Fabrikaten aufhören. Darauf wollten die deutschen und französischen Unternehmer nicht eingehen, während die Belgier auch den französischen Vorschlag ablehnten, die Auslandsbelieferung Belgiens zu kontingentieren.

Interessant ist, daß in Erwartung günstiger Abmachungen die Preise angezogen haben, die jetzt in neuem Konkurrenzkampf wohl wieder sinken werden.

### Gegen den Trust.

Zwischen der Lanz A.-G. in Mannheim und der R. Wolf A.-G. in Magdeburg-Buckau war vor einigen Jahren eine Interessengemeinschaft zustande gekommen, die jetzt wieder gelöst wird. Die Lanz A.-G. ist der Meinung, daß die Zukunft des Unternehmens bei einem Trust nicht so gesichert sei, als wenn beide Firmen ihre Handlungsfreiheit zurückhalten. Lanz bringt für die Trennung geldliche Opfer, über deren Höhe nichts mitgeteilt wird.

### Deutsch-französisches Farbenabkommen.

Darüber wird mitgeteilt:

Ueber das Ergebnis der seit langen Monaten geführten Verhandlungen über eine deutsch-französische Verständigung auf dem Farbengebiet wird von deutscher Seite folgendes mitgeteilt:

„Die deutsche und die französische chemische Industrie haben in Vorbereitung und als Teil einer ihrer beiderseitigen Gesamtinteressen auf den wichtigsten Gebieten der Chemie umfassenden Regelung sich auf dem Farbengebiet dahin verständigt, daß Produktion und Verkauf beider Gruppen nach einheitlichen Gesichtspunkten geschieht. Von ihrer gegenwärtigen Produktionsbasis ausgehend, beabsichtigen sie, bei voller Aufrechterhaltung der nationalen Selbstständigkeit der Gesellschaften beider Länder die Produktion und den Absatz in den einzelnen Erzeugungsgruppen nach dem Grundsatz höchster Wirtschaftlichkeit unter sich zu verteilen. An der künftigen Entwicklung bleiben sie im gleichen Verhältnis v. einander beteiligt, so wie es für ihre heutige Produktion vereinbart ist. Jegliche monopolistische Tendenz liegt den beiden Industrien ebenso fern wie eine Kampfstellung gegenüber Industrien anderer Länder. Verbindungen mit solchen Industrien sind durch die erwähnten Vereinbarungen keineswegs ausgeschlossen, im Gegenteil von vornherein vorgesehen.“

Die Verhandlungen mit England waren zum Stillstand gekommen. Die Beteiligungsziffer war für den Fall der Einbeziehung Englands mit 75 Prozent für Deutschland, 13 Prozent für England und 12 Prozent für Frankreich angeben worden. Jetzt dürfte sie sich für Deutschland auf ca. 86 und für Frankreich auf etwa 14 Proz. stellen.

### Deutschland und der russische Aussenhandel.

Nach Angaben der Sowjetpresse steht Deutschland im russischen Außenhandelsverkehr in elf Monaten des verflorenen Wirtschaftsjahres (1. Oktober 1926 bis 1. September 1927) mit 289,9 Millionen Rubel an der Spitze, davon entfallen auf die russische Ausfuhr 148,2 Mill. Rbl. und auf die Einfuhr 141,7 Mill. Rbl. Dann folgt England mit 274,7 Mill. Rbl. (Ausfuhr 180,5 und Einfuhr 94,2 Mill. Rbl.), die Vereinigten Staaten mit 139,3 Mill. Rbl. (Ausfuhr 15,3 und Einfuhr 124 Millionen Rubel).

## Zum Neuen Jahre allen Mitgliedern, Funktionären und Mitarbeitern die besten Glückwünsche!

Das Jahr 1927 war ein Jahr der Arbeit, des Kampfes und des Erfolges. Aber noch sind die Erfolge unserer Arbeit lange nicht so, wie wir alle sie wünschen! Das neue Jahr droht mit neuen Attacken der Unternehmer gegen Lohn, Arbeitszeit und Sozialpolitik. Das neue Jahr ist Wahljahr! Mehr als einmal bietet es Gelegenheit, die Reaktionen in der Industrie, in Gemeinde, Staat und Reich in die Schranken zurückzuweisen. Mit dem Dank für die bisher geleistete Arbeit verbinden wir den Wunsch, daß auch 1928 unsere Mitglieder, Funktionäre und Mitarbeiter stolze, trotzige Kämpfer für die Ideale unserer Bewegung sein mögen!

DER VORSTAND DIE REDAKTION



### Aus dem Kreise der Kameraden

#### Unsere Toten.

**Zahlstelle Niederfischbach (Sieg).** Am 20. Dezember wurde unser Kamerad und Verbandsfunktionär Josef Schumacher zur letzten Fahrt getragen. Wir verlieren in ihm einen tatbereiten und ideal denkenden Kameraden. Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

**Zahlstelle Holzweißig.** Unser Kamerad Wilhelm Schüler fand seinen Tod in Ausübung seines Berufs. Wir werden dem treuen Kämpfer, der seit 1913 Mitglied unseres Verbandes war, ein stetes Gedenken bewahren. Die Erde möge ihm leicht sein!

**Zahlstelle Lauchheim.** Ahnungslos und unerwartet ist im besten Mannesalter unser Kamerad und langjährige Kassierer Hermann Welter durch den Tod von uns für immer geschieden. Wir verlieren in ihm ein treues, pflichtbewusstes Mitglied. Ein ehrendes Andenken ist ihm über das Grab hinaus gesichert.

**Zahlstelle Weitzberg.** Am 3. Dezember wurde unser Kamerad Heinrich Winkler im Alter von 71 Jahren infolge schwerer Lungenerkrankung von uns gerufen. Der Verstorbene hat unserem Verbands neun Jahre treue Mitgliedschaft bewahrt. Sein aufrichtiger Charakter hat sich in den Herzen seiner Kameraden ein bleibendes Andenken gesichert. Wir werden das Andenken des Verstorbenen in Ehren halten! Die Ortsverwaltung.

#### „Christen“

In Berichten und Meldungen in der Gewerkschaftspresse findet man sehr oft die Bezeichnung „Christen“ für irgend eine Gewerkschaft christlicher Arbeiter oder zur Bezeichnung ihrer Anhänger. Den in der Gewerkschaftsbewegung Erfahrenen ist bekannt, daß die christlichen Gewerkschaften diese Bezeichnung nicht nur als falsch, sondern als kränkend empfinden. Sie wollen nicht einmal „christlicher Gewerksverein“, sondern „Gewerksverein christlicher Bergarbeiter“ genannt werden. Von letzterem kann man absehen, da eine solche Abkürzung belanglos, jedenfalls nicht auf kränkende Absicht zurückzuführen ist. Anders steht es mit der Bezeichnung „Christen“. Das Wort stammt aus der Zeit schärfsten Gegenjages zwischen freien und christlichen Gewerkschaften, es hat e und hat auch wohl heute noch einen kränkenden Sinn. Es in diesem Sinne zu gebrauchen, liegt kein Anlaß vor, selbst nicht in einem Falle, in dem an dem Handeln, an der Taktik christlicher Gewerkschaften scharfe Kritik geübt werden soll. Auch in einem solchen Falle nützt Beschimpfung oder Kränkung nichts. Wirklich beschimpft wird eine Bewegung nur durch ihre Taten, wenn sie zu verurteilen sind. In einem solchen Falle wirken aber diese Taten ebenso, ist die Kritik ebenso wirksam, ob man nun „Christen“ oder „Christliche“ sagt oder schreibt. Die Objektivität verlangt im allgemeinen, daß man eine Organisation und ihre Anhänger so nennt, wie diese sich selbst bezeichnen. Nur wenn mit einer solchen Bezeichnung Mißbrauch getrieben, wenn sie zum Zweck einer Täuschung benutzt wird, ist die treffendere Bezeichnung angebracht. Diese Tatsache liegt bei manchen Organisationen vor, die sich als „national“ bezeichnen. Die christlichen Gewerkschaften stehen programmatisch auf dem Boden christlicher Weltanschauung. Sie gebrauchen deshalb ihre Bezeichnung nicht zum Zweck solcher Täuschung. Man mag eine solche Gewerkschaftseinstellung für falsch halten, man kann der Meinung sein, daß mancher, der sich christlich nennt, in seinen Taten recht weit vom Christentum und christlichen Grundsätzen entfernt ist, man mag eine der eigenen entgegengesetzte Weltanschauung für falsch halten, das alles ist eine Tatsache, die man ohne Beleidigung des anderen kritisch beleuchten kann: Diese Kritik wird um so wirksamer sein, je mehr sie sich von Wendungen und Deutungen fernhält, die mit der zu behandelnden Sache nichts zu tun haben.

Aus diesen und anderen Gründen sollte man deshalb allgemein die Bezeichnung „Christen“ aufgeben und die christlichen Gewerkschaften und ihre Mitglieder als „Christliche“ bezeichnen.

### Oberbergamtsbezirk Dortmund.

#### Die praktisch-wissenschaftliche Betriebsführung auf Zeche Sachsen.

Zu der Zeit, als durch die deutsche Industrie der Ruf nach Rationalisierung und wissenschaftlicher Betriebsführung brauste, wollte der Herr Direktor Droste von der Zeche Sachsen nicht Außenstehender sein. Da er aber Praktiker ist, so sah er sich nach wissenschaftlicher Unterstützung um und stellte einen Wissenschaftler in seinen Dienst. Die praktisch-wissenschaftliche Betriebsführung konnte beginnen.

Wie drehte man nun das Ding? Eine Konzentration der Verwaltung und eine geordnete Arbeitsteilung in den Produktionsstätten untereinander war nicht möglich, weil man nur eine Zeche zur Verfügung hatte. Aber gemacht werden mußte etwas,

wollte man doch in der Öffentlichkeit glänzen! Man verfiel auf die Idee, eine hohe Leistung zu schaffen und die Kosten sehr niedrig zu gestalten. Das Ziel wurde auf sehr einfache Weise erreicht: Aus einer großen, stolzen Grube mit 26 Steigerrevieren machte man eine kleine mit 8 Steigerrevieren. Aus- und Vorrichtung brauchte jetzt nicht mehr gemacht zu werden und die teuren Materialien erhielt man aus den abgeworfenen Grubenbauen. Ausrichtung in der Grube wurde auch dann noch nicht gemacht, als es unbedingt notwendig wurde. Als Ausweg bediente man sich des Unterwerksbaues und der Kohlengewinnung in der Nachtschicht aus den noch in Betrieb befindlichen Flözabteilungen. Mit den Materialien ist es genau so, auch da wurden nach dem Verbrauch der alten Materialien nicht genügend neue Materialien angeschafft. So kam es, daß Kameradschaften sich gegenseitig mit dem letzten Rest Schienen vor ihrer Arbeit ausheilen mußten. Es bekam derjenige das letzte Rest Schienen, der am notwendigsten fernern mußte. Derjenige, welcher unbedingt Zutritt brauchte, bekam Kohre eingebaut, aber einem andern wurden die Kohre ausgehoben. Die Strecken werden sehr eng und niedrig aufgeföhren, ein Spezialgebiet des Wissenschaftlers. Erreicht wurde dadurch eine sehr hohe Wettergeschwindigkeit, die teilweise unmeßbar ist, d. h. dem Wettersteiger geht das Anämometer kaputt, wenn er versucht, die Wettergeschwindigkeit festzustellen. Vom Ausbau erst gar nicht zu reden, da jeder weiß, daß der Ausbau Geld kostet.

Was ist nun das Ergebnis dieser praktisch-wissenschaftlichen Betriebsführung?

Als andere Zechen gute Gewinne machten, konnte die Zeche Sachsen den Absatz nicht bewältigen, sondern faufte selbst noch Kohlen von einer anderen Zeche. Wir wollen kein Urteil fällen, sondern das Urteil eines Mannes anführen, der es unbedingt wissen muß. Die Betriebsräte hatten beim Bergrevierbeamten beauftragt, bez. verbotswidrige Kohlengewinnen in der Nachtschicht einzuführen. Zu diesem Zweck fand dann eine Sitzung statt, an der der Bergrevierbeamte, die Betriebsleitung und der Betriebsausschuß teilnahmen. In dieser Sitzung erklärte der Bergrevierbeamte: „Ihr habt euch festgemurrt. Ihr habt geglaubt, ihr könntet mehr als andere.“ Wenn das Festgemurrt erlebte wäre, so könnte es dem finanziell Unbeteiligten ja gleich bleiben. Aber wie so viele Menschen schwache Seiten haben, wenn es etwas zu verantworten gibt, so ist es auch hier. (Man erinnere sich nur der Temperaturgeschichte!) Als der Bergrevierbeamte in der angeführten Sitzung erklärte, daß die Kohlengewinnung in der Nachtschicht aus den Revieren, in denen das Kohlengewinnen in der Nachtschicht verboten ist, eine strafbare Übertretung der Betriebsplanbestimmungen sei, sagte Direktor Droste: „Da bist du Betriebsführer, mag er sie verantworten!“ Dabei hat Herr Droste dem Betriebsführer vor nicht langer Zeit in Aussicht gestellt, er würde rausfliegen, wenn er in sechs Wochen nicht mehr Kohle fördern würde. Daß bei solchen Zuständen die Behandlung der Betriebsämtern keine angenehme ist, kann sich jeder vorstellen. Wenn man auch nicht beachtet, daß in der heutigen Zeit ein Betriebsführer die Bezeichnungen „Kassier“ und „Arbeitslocher“ über sich ergehen lassen muß, so braucht man die Behandlung der kleinen Angestellten erst gar nicht zu erwähnen. Die Betriebsämtern haben nur noch den einen Gedanken: Wann kommt der Tag der Erlösung?

Bezeichnend für unsere Wirtschaftsführer ist, daß solche Künstler nicht den verdienten Lohn bekommen.

### Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

#### Achtung, Knappschafswitwen!

Durch Beschluß der Organe der Sächsischen Knappschaf kommt ab 1. Januar 1928 ein weiterer Zweig der sozialen Fürsorge bei der Sächsischen Knappschaf zur Einführung. Der Beschluß geht dahin, daß Knappschafswitwen und deren Kinder (bis zu 15 Jahren), sofern ein monatlicher Beitrag von einer Mark geleistet wird, freie ärztliche Behandlung erhalten; außerdem wird von den Kosten der Arznei die Hälfte übernommen. Diejenigen Knappschafswitwen, die bis Anfang Januar ihren Beitritt zu dieser Einrichtung erklären und den dafür festgesetzten Beitrag zahlen, haben sofort Anspruch auf die eben genannten Leistungen. Die jetzt vorhandenen Knappschafswitwen, die erst später ihren Beitritt erklären, haben eine dreimonatige Wartezeit abzuwarten, bevor sie die Leistungen beanspruchen können. Wollwaisen sind von dieser Einrichtung infolge erheblicher Schwierigkeiten ausgeschlossen und weil der Vorstand der Reichsknappschaf die Genehmigung hierzu verweigert hat.

Es liegt nun im Interesse einer jeden Knappschafswitwe, bis Anfang Januar 1928 ihren Beitritt zu erklären, damit die dreimonatige Wartezeit nicht zur Anwendung zu kommen braucht. Die beste Gelegenheit zur Anmeldung bezw. Bezahlung des Monatsbeitrages wird sich bei der nächsten Auszahlung der Knappschafspensionen bieten.

#### Konferenz der Schieferarbeiter.

Am 14. Dezember fand in Reichenbach i. Th. eine Schieferarbeiterkonferenz statt, in welcher Kamerad Martini das Thema: „Unternehmerprovokation und Arbeiterchaft“ behandelte. Die eindrucksvollen und allgemein leicht verständlichen Ausführungen Martini wurden von den Versammelten, die sehr zahlreich gekommen waren, mit lebhaftem Interesse verfolgt.

In ausgezeichnete Weise verstand es der Referent, den Wert des Zusammenschlusses der werttätigen Bevölkerung zu schildern, unter Berücksichtigung aller Demungen und Hindernisse, die zu überwinden waren, ehe die Arbeiterchaft zu dem Einfluß gelangen konnte, welchen sie gegenwärtig als organisierte Arbeiterchaft ausübt. Dieser Einfluß muß aber noch eine weitere Stärkung erfahren, was am besten dadurch geschieht, daß der letzte Schieferarbeiter seiner Organisation zugeführt wird. Wenn die Unternehmer jetzt in der Schwerindustrie zum Generalangriff gegen die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitszeitbedingungen ihrer Belegschaften angeht haben, dann würden auch die Schieferarbeiter die Rückwirkung dieser Maßnahme bei Durchführung dieser Ziele zu spüren bekommen. Die Arbeiterchaft hat deshalb die Pflicht, ihre Kampfreiben immer fester zu schließen. Nur so kann eine Verkürzung der Uebergangsperiode von der kapitalistischen zur sozialistischen Staats- und Wirtschaftsordnung herbeigeführt werden.

Ueber den mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag fand dann eine rege Aussprache statt, in welcher von den Diskussionsrednern auf die Ausbeutung der Schieferarbeiter hingewiesen wurde. Allerdings tragen die Schieferarbeiter selbst dazu bei, weil sie sich von den Arbeitgebern dazu mißbrauchen lassen. Selbst ein oppositionell eingestellter Redner mußte das zugeben, obgleich er bei Beginn seiner Rede die heutigen Zustände auf Unterlassungsünden für die Zeit nach 1918 zurückführen wollte.

Im Schlußwort verpflichtete der Referent diese Auffassung. Er wies treffend nach, daß die damalige Zeit die Menschen noch wenig geistig vorbereitet angetroffen hat und daß darin die Ursache der ungenügenden Erfolge begründet ist.

Mit der Aufforderung, den Anschluß an den Verband, wo es noch nicht geschehen sein sollte, zu vollziehen, wurde die lehrreiche Konferenz geschlossen.

# Rationalisierung und Löhne.

## Vergleiche zwischen Amerika und Deutschland.

Die Rationalisierungsfrage hat in Zeitungen, Zeitschriften, Buchliteratur, Parlamenten und Versammlungen einen breiten Raum eingenommen, ohne daß man aber sagen könnte, daß die Diskussion über dieses Problem erschöpft sei. Daß dem so ist, ist in erster Linie die Schuld derjenigen, die heute die deutsche Wirtschaft angeblich führen. Diese Kreise betrachten die Rationalisierung eben nicht als eine Angelegenheit des gesamten Volkes, sondern einseitig als eine Sache, um ihre Kapitalrente zu erhöhen.

Die heute in der Wirtschaft bestimmenden Kreise wollen nicht einsehen, daß Rationalisierung der Wirtschaft nicht nur bedeutet: Mehrung der Produktion pro Kopf der Wirtschaftstätigen, sondern auch **Mehrung des Umsatzes pro Kopf der Wirtschaftstätigen. Eine Steigerung der Produktion pro Kopf ohne Mehrverbrauch pro Kopf bedeutet Erhöhung der Arbeitslosigkeit und diese wieder noch geringerer Verbrauch.** Sollte daher die Rationalisierung, d. h. Erhöhung der Produktion pro Kopf, wirklich Erfolge zeitigen, so ist es eine unbedingte Notwendigkeit, daß neben der Verbesserung der Technik und Erhöhung der Produktion pro Kopf, eine Steigerung der Reallohn- und eine Senkung der Preise nebenhergeht.

Amerika, d. h. diejenigen Kräfte, die dort den Wirtschaftsgang mehr oder weniger bestimmen, haben sicher den Sinn der Rationalisierung besser erfaßt als die privilegierten Wirtschaftskräfte in Deutschland. Während in Amerika seit Jahren die Löhne steigen, die Preise fallen, sieht man in Deutschland das Gegenteil: Steigen der Preise in einem Verhältnis, daß der an sich schon zu niedrige Lohn nicht nachfolgen kann. Selbst das Institut für Konjunkturforschung stellt diese Preis- und Lohnbewegung fest. Schreibt dieses beachtende Institut doch bereits Ende August: „Da die Preise aber stärker steigen, kann beim Reallohn demnach leicht eine Senkung eintreten.“ Diese Senkung des Reallohnes ist inzwischen eingetreten, wie ein Blick in die Indexstatistik zeigt. Der Gesamtindex für Konsumgüter, der im August auf 162 stand, ist inzwischen bis Oktober auf 170 gestiegen und hat sich seit dieser Zeit weiter nach oben entwickelt. Unter solchen Verhältnissen muß in Deutschland die Rationalisierung geradezu das Gegenteil im Erfolg zeitigen, denn in Amerika, wenn es nicht noch gelingt, daß die Gewerkschaften durch ihre Kraft forrierend in das Lohn- und Preisverhältnis eingreifen können. Doch die Kraft der Gewerkschaften ist eingeschränkt, denn auf die Preisgestaltung der Waren haben die Gewerkschaften leider zurzeit noch keinen Einfluß. Ausgleichen können sie nur auf dem Lohngebiete wirken und auch hier zurzeit nur unter sehr erschwerten Verhältnissen.

Wie in Amerika die Rationalisierung wirkt und welche Ergebnisse sie dort gezeitigt hat, zeigt besser als Worte die amtliche Statistik des Handelsministeriums der Vereinigten Staaten über die Entwicklung der Löhne und Preise in den letzten acht Jahren:

Jahr	Löhne	Preise	Jahr	Löhne	Preise
1913	100	100	1923	211	154
1920	199	226	1924	228	150
1921	205	147	1925	238	150
1922	193	149	1926	250	151

Hier sehen wir gewissermaßen die natürliche Entwicklung der Rationalisierung. Andauernde Senkung der Preise, andauerndes Steigen der Löhne, dadurch herbeigeführter Mehrverbrauch, der wieder belebend auf die Produktion wirkt.

Demgegenüber vergleiche man die Entwicklung in Deutschland. Hier ist die natürliche Auswirkung der Rationalisierung

fast durch rückständigen Sinn der führenden Wirtschaftskreise wie durch die Gesetzgebung (Kartellgesetzgebung) direkt behindert. Einige Beispiele mögen dies ergänzen:

Dauer im Ruhrbergbau	Jahr	Lohn	Erhöhung
	1911	6,08 Mk.	14,5 Pfg.
	1926	6,17 Mk.	21,50 Pfg.

In der Papierindustrie sind noch Löhne von 65-70 Pf. pro Stunde. Die chemische Industrie zahlt für erwachsene Arbeiterzahlungen 70,5-72,5 Pf. pro Stunde, und die Arbeiterinnen erhalten durchschnittlich nur 47 Pf. Stundenlohn. Die schwer verdienende Zementindustrie in Schlesien gibt den Vollarbeitern 53-56 Pf. für die Stunde. Die Berliner Metallindustrie zahlt folgende Nettowochenlöhne bei 48-stündiger Arbeitszeit aus: Für Dreher 18,20, für Werkzeugmacher 50,50, für Schlosser 51,60, für Schmiede 43,15 Mark.

Die durchschnittlichen Tariflöhne in 11 Textilorten betragen am 1. Juli 1927 für gelehrte männliche Textilarbeiter ganze 66,9 Pfennig, für gelehrte weibliche Arbeiter nur 52,6 Pf. pro Stunde. Daß bei solcher Lohnentwicklung die natürlichen Tendenzen, die in jeder Rationalisierung stecken, sich nicht auswirken, bedarf nach diesen Zahlen keiner weiteren Begründung.

Einer Begründung der von den Gewerkschaften in nächster Zeit zu stellenden Lohnforderungen bedarf es nach diesen Gegenüberstellungen amerikanischer und deutscher Lohn- und Preisentwicklung ebenfalls nicht. Die Lohnkämpfe sind zur volkswirtschaftlichen Notwendigkeit geworden. Und nur wenn diese Lohnkämpfe einen vollen Erfolg für die Arbeiterschaft zeitigen, ist zu hoffen, daß dann, wie in Amerika, die in der Rationalisierung steckenden, im Interesse der Gesamtwirtschaft liegenden natürlichen Tendenzen der Lohnerrhöhung und Preisentzug voll zur Auswirkung kommen.

## Bergarbeiter-Taschen-Kalender 1928

Herausgegeben vom Verband der Bergarbeiter Deutschlands

Hast Du schon einen gekauft?

Nicht?

Dann bestelle sofort einen bei Deiner Ortsverwaltung!

Preis 75 Pfg.

## Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 53. Woche (vom 25. bis 31. Dezember) fällig. Wir bitten alle Kameraden, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein. Wir machen an dieser Stelle besonders darauf aufmerksam, daß das laufende Jahr 53 Beitragswochen hat. Es müssen in diesem Jahre also 53 Wochenbeiträge gezahlt werden. Gleichfalls werden alle regelmäßigen Ausgaben eine Woche länger gemacht. Auch unsere Verbandszeitung erscheint in 1927 53mal. Jeder zähle pünktlich den im Statut vorgegebenen Wochenbeitrag, dadurch wird dem Verbandskassierer die Arbeit erheblich erleichtert.

### Rechtshilf

Arbeitersekretariat Glabbed. Die Rechtshilfsstunden finden wie folgt statt: in Woktrov, Germaniastr. 9, jeden Montag 9 bis 12 Uhr vorm. und 2 bis 6 Uhr nachm., in Wuer in neuverordneten Gewerkschaftshaus (nicht mehr in der Goldbergstraße), Glabbeder Straße 1, zweite Etage im Neubau, jeden Dienstag und Mittwoch 9 bis 12 Uhr vorm. und 2 bis 6 Uhr nachm., in Glabbed, Karstr. 5, jeden Donnerstag und Freitag 8 bis 12 Uhr vorm. und 2 bis 6 Uhr nachm. Wenn der Montag ein Feiertag ist, sind die Rechtshilfsstunden für Woktrov Dienstag. In Wuer finden dann nur Mittwochs Rechtshilfsstunden statt.

### Auszahlung von Unterstufungen.

Marxloh 1. Die Unterlagen für Unterstufungen, Mitgliedsbuch mit Krankenschein oder Erwerbslosenkarte, sind dem Kassierer Knoblich, Göttenstr. 23, zum 10. und 25. jeden Monats vorzulegen.

### Hilfskraft gesucht!

Die unterzeichnete Bezirksleitung befehlt am 1. Februar 1928 die Stelle einer Hilfskraft. Die Bewerber müssen im Bergbau tätig und fünf Jahre gewerkschaftlich organisiert, rednerisch und im Gedankenaussdruck gut befähigt sein. Durch ihre bisherige gewerkschaftliche Tätigkeit müssen sie die Annahme rechtfertigen, daß sie zu einer gewerkschaftlichen Stellung die erforderliche Eignung besitzen. Vor der endgültigen Anstellung wird ein ausfuhrlicher Probebericht verlangt. Selbstgeschriebene Bewerbungen mit Lebenslauf sind bis zum 15. Januar 1928 einzufenden mit der Aufschrift „Bewerbung“ an den Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bezirksleitung in Zwickau i. Sa., Meißner Leipziger Straße 31, Gewerkschaftshaus.

### Schluß des redaktionellen Teils.

Alta Baanstein & Vogler Zeitungs-Katalog 1928. Wie in früherer Zeit, geht uns heute der große Zeitungskatalog der Alta Baanstein & Vogler für das Jahr 1928 in seiner 53. Auflage pünktlich zur Jahreswende zu. Der stattliche, gebiegen angelegte Band legt Zeugnis ab von sorgfältiger, gewissenhafter Arbeit und zeigt eine auf Sachkenntnis beruhende Bewältigung des ungeheuren Materials, welches die Presse Deutschlands und des Auslandes darstellt. Das Werk dürfte für jeden, der mit der Presse in Verbindung steht, sei es nun als Mitarbeiter oder Inserent, unentbehrlich sein, denn kaum dürfte anderswo eine Uebersicht oder ein Verzeichnis der Weltpresse mit all ihren Einzelheiten in gleicher Vollkommenheit u. Zuverlässigkeit geboten werden.

Bei Gicht, Ischias, Nerven- u. Kopfschmerz, Rheuma, Grippe, Erältungskrantheiten haben sich Tegal-Tabletten hervorragend bewährt. Ein Versuch überzeugt!

Unschädlich für Magen und Verdauung, keine Nebenwirkungen, keine Verunreinigungen durch Wundstoffe.

In allen Apotheken. Tegal schriebe die Harnsäure aus!

Preis Mk. 1.40

## Arterienverkalkung

des Herzens und des Gehirns, die Krankheit des zunehmenden Alters, führt zu sehr gefährlichen Folgeerscheinungen (Herzleiden, Nervenvermittlung, Arbeitsunfähigkeit und frühzeitigen Tod durch Schlaganfall), wenn die rechtzeitige Behandlung vernachlässigt wird. Wir empfehlen daher allen, rechtzeitig unseren **Philippsburger Arterioflektose-Lee** (Herbaria-Entkalkungstee) zu trinken. Er fördert die Blutzirkulation in den Schlag- und Halsadern, reinigt, entkalkt und verdünnt das dickflüssige, verkalte Blut, macht es dadurch zirkulationsfähiger, verhindert Kalkablagerungen, wirkt auflösend und auscheidend und fördert die Rückbildung der verkalten Adern zur normalen Elastizität, wodurch Brüchen (Schlaganfällen) und sonstigen Gesundheitsstörungen vorgebeugt wird und die Arbeitsfähigkeit länger erhalten bleibt. **Maßenhafte Dankschreiben!** Paket M 3.—. (Kur: 6-12 Pakete.)

Alleiniger Hersteller: Herbaria-Kräuterparadies, Philippsburg 401 (Baden).

## Gallensteine

werden durch den bekannten **Philippsburger Herbaria-Gallensteintee** ohne Operation oft rasch und schmerzlos aufgelöst und abgeführt, was viele Dankschreiben der Verbraucher bezeugen. **Paket M 3.—.** (Kur: 3-6 Pakete.) — **Dankschreiben:** „Der Herbaria-Gallensteintee hat bei meiner Frau Wunder gewirkt. Krankheit ganz behoben, und sagt sie Ihnen herzlichen Dank dafür.“ Gustav Knöring, Letzbe. (Alter 50 Jahre.) — „Im Februar d. J. bezog meine Frau 2 Pakete Ihres Herbaria-Gallensteintees, wodurch über 200 Steine abgeführt wurden, bitte nochmals um Zufriedenung von 3 Paketen.“ Joh. Wähle, Altenfalswedel. — „Die Kur mit Ihrem Herbaria-Gallensteintee hat mir gut gefallen, es sind viele Steine abgegangen und ist mir gleich wohlher geworden.“ Frau Hämmerling, Spudlow. Weitere Dankschreiben liegen uns maßenhaft vor!

Alleiniger Hersteller: Herbaria-Kräuterparadies, Philippsburg 401 (Baden).

## Blasen- und Nierenleiden

der verschiedensten Art, wie Blasen-, Nieren- und Harnröhrenentzündung, Harnverhaltung u. Blasen- Schwäche, Stein- und Griesbildung, Wasserhüch, Schmerzen beim Urinieren usw. werden durch **Herbaria-Blasen- und Nierentee** wirksam beeinflusst und behoben. Er scheidet Harnsäure aus, vermindert die Eiweißausscheidungen und wirkt schmerzstillend. **Viele Dankschreiben.** Paket M 3.—. (Kur erfordert ca. 6 Pakete.)

**Bettmäßen** ist keine Untugend, sondern die Folge einer Blasen- Schwäche und wird durch **Herbaria-Bettmäßentee** behoben. Paket M 3.—. (Kur erfordert 3-6 Pakete.)

Alleiniger Hersteller: Herbaria-Kräuterparadies, Philippsburg 401 (Baden).

### Gesundheit ist Reichtum Haben Sie Beschwerden?

Alle Leiden, die mit dem Stoffwechsel zusammenhängen (wie Alterserschwerden, Arterienverkalkung, Gicht, Rheuma, nervöse Beschwerden, Kopfschmerzen, Magen-Darmlörungen usw.) werden geheilt oder abgemildert durch eine

### Ruiles Knoblauchkur. Würmer!

Dieses altbewährte, natürliche Hausmittel hat nach vielfachen Versuchsversuchen die günstigsten Erfolge ergeben. In haben in den Apotheken, bestimmt: General-Deput, Andreas-Apothete, Berlin D 27, Maracasstr 15 Fernsprecher: Königsplatz 2763 Fordern Sie Spezialdruckschriften!

### Haussmusik auf Kredit

### Freyophon

Der neue Sprechapparat m-Vollklang

Direkt ab Fabrik: Schallplatten tenzählung. Verlangen Sie sofort Liste 4. Sprechapparatfabrik Freier & Co. Berlin N. 4, Chausseestr. 46, I. Etp.

### Bettfedern aus erster Hand!

Woll, grau od. rot, schön, 90 Pf., 100 Pf., 125 Pf., 150 Pf., 175 Pf., 200 Pf., 225 Pf., 250 Pf., 275 Pf., 300 Pf., 325 Pf., 350 Pf., 375 Pf., 400 Pf., 425 Pf., 450 Pf., 475 Pf., 500 Pf., 525 Pf., 550 Pf., 575 Pf., 600 Pf., 625 Pf., 650 Pf., 675 Pf., 700 Pf., 725 Pf., 750 Pf., 775 Pf., 800 Pf., 825 Pf., 850 Pf., 875 Pf., 900 Pf., 925 Pf., 950 Pf., 975 Pf., 1000 Pf.

Daune 7,00, weiß-14,00, schleißdaune 1,50-5,00, Oberbett, la. dicht, 10 Pf., 8 Pf., 12 Pf., 15 Pf., 18 Pf., 20 Pf., 22 Pf., 25 Pf., 28 Pf., 30 Pf., 32 Pf., 35 Pf., 38 Pf., 40 Pf., 42 Pf., 45 Pf., 48 Pf., 50 Pf., 52 Pf., 55 Pf., 58 Pf., 60 Pf., 62 Pf., 65 Pf., 68 Pf., 70 Pf., 72 Pf., 75 Pf., 78 Pf., 80 Pf., 82 Pf., 85 Pf., 88 Pf., 90 Pf., 92 Pf., 95 Pf., 98 Pf., 100 Pf.

Böhm. Bettfedernspezialhaus **Sachsel & Stadler**, Berlin C. 84, Landsbergerstrasse 43

### Betten

jederzeit gerichtet, 100 Pf., 120 Pf., 140 Pf., 160 Pf., 180 Pf., 200 Pf., 220 Pf., 240 Pf., 260 Pf., 280 Pf., 300 Pf., 320 Pf., 340 Pf., 360 Pf., 380 Pf., 400 Pf., 420 Pf., 440 Pf., 460 Pf., 480 Pf., 500 Pf., 520 Pf., 540 Pf., 560 Pf., 580 Pf., 600 Pf., 620 Pf., 640 Pf., 660 Pf., 680 Pf., 700 Pf., 720 Pf., 740 Pf., 760 Pf., 780 Pf., 800 Pf., 820 Pf., 840 Pf., 860 Pf., 880 Pf., 900 Pf., 920 Pf., 940 Pf., 960 Pf., 980 Pf., 1000 Pf.

**Th. Kranefuss**, Kassel 181, Bettfedern-großhandel und Versand Begründet 1895

### billige böhmische Bettfedern!

1 Pfund graue, gute, gefüllene Bettfedern 80 Pf., bessere Qualität 1 Pf. halbweiße, bunte 1 Pf. 20, 1 Pf. 40, weiße, bunte, gefüllene 1 Pf. 20, 2 Pf. 50, 3 Pf. 70, gefüllte halbweiße, bunte, weiße, bunte 1 Pf. 50, 2 Pf. 80, 3 Pf. 100, 4 Pf. 120, 5 Pf. 140, 6 Pf. 160, 7 Pf. 180, 8 Pf. 200, 9 Pf. 220, 10 Pf. 240, 11 Pf. 260, 12 Pf. 280, 13 Pf. 300, 14 Pf. 320, 15 Pf. 340, 16 Pf. 360, 17 Pf. 380, 18 Pf. 400, 19 Pf. 420, 20 Pf. 440, 21 Pf. 460, 22 Pf. 480, 23 Pf. 500, 24 Pf. 520, 25 Pf. 540, 26 Pf. 560, 27 Pf. 580, 28 Pf. 600, 29 Pf. 620, 30 Pf. 640, 31 Pf. 660, 32 Pf. 680, 33 Pf. 700, 34 Pf. 720, 35 Pf. 740, 36 Pf. 760, 37 Pf. 780, 38 Pf. 800, 39 Pf. 820, 40 Pf. 840, 41 Pf. 860, 42 Pf. 880, 43 Pf. 900, 44 Pf. 920, 45 Pf. 940, 46 Pf. 960, 47 Pf. 980, 48 Pf. 1000.

**H. Benlig**, Bettfedernexport in Prag XII (Böhmen)

### Der Feind ist der Alkohol!

Guter Lebens- und geistiger Gesundheit helfen die verpöblichen Trinksitten und fördern den Deutschen Arbeiter-Abstinenzentbund die Organisation der sozialistischen Alkoholgegner, Berlin SO 18, Engelstr. 29.

Zeitschrift „Der abstinente Arbeiter“ eigener Verlag, 50 Hefen, 100 Hefen, 200 Hefen, 300 Hefen, 400 Hefen, 500 Hefen, 600 Hefen, 700 Hefen, 800 Hefen, 900 Hefen, 1000 Hefen.

**Walter H. Garz**, Postf. 828a Berlin S 42, Alexandrinerstr. 97. Zweigniederlassung in Köln, Friesenplatz 16, von 8-7.

### Erhalten Sie alle Musikinstrumente, Sprachmaschinen, Harmonikas.

Violinen o. M. 5.— an. Mandolinen o. M. 7.— an. Gitarren o. M. 12.— an. Harmonikas o. M. 12.— an. Sprechmaschinen, mit 3 Lauten o. M. 20.— an. Schallplatten, o. M. 1.— an.

**Ernst Hess Nachf.**, Stammhaus geg. 1872, Klingenthal Sa. 479. Verlässliche Reparaturen 1000 Dankschreiben! Preisliste gratis, dabei kein Risiko Katalog gratis

### Sie hören die ganze Welt

in meinen Radio-Apparaten Sequenze Teilzahlung, Preisliste umloht

**Herm. Sembke**, Berlin N 253, Dänenstr 6

### Fischmarinaden

keine, täglich frisch, je eine Dose 100 Gramm, Preis 1,50 Pf., 2,00 Pf., 2,50 Pf., 3,00 Pf., 3,50 Pf., 4,00 Pf., 4,50 Pf., 5,00 Pf., 5,50 Pf., 6,00 Pf., 6,50 Pf., 7,00 Pf., 7,50 Pf., 8,00 Pf., 8,50 Pf., 9,00 Pf., 9,50 Pf., 10,00 Pf.

**Elbe-Fischvertrieb**, Hamburg 37 H.

### Umfont

sende jedem die 28 Seiten Preisliste über Stoffe, Wäsche, Leder, Trümpfen, Kugeln, Hausgallert, oriel oder Art Ein Rest in billigen Preisen.

**Gotfr. Rintelen**, Fabr. u. Berf. Gräfelfing K. 4, bei München.

### Honig

Süden- u. Norden Honig, 1 Pfund 1,50 Pf., 2 Pfund 3,00 Pf., 3 Pfund 4,50 Pf., 4 Pfund 6,00 Pf., 5 Pfund 7,50 Pf., 6 Pfund 9,00 Pf., 7 Pfund 10,50 Pf., 8 Pfund 12,00 Pf., 9 Pfund 13,50 Pf., 10 Pfund 15,00 Pf., 11 Pfund 16,50 Pf., 12 Pfund 18,00 Pf., 13 Pfund 19,50 Pf., 14 Pfund 21,00 Pf., 15 Pfund 22,50 Pf., 16 Pfund 24,00 Pf., 17 Pfund 25,50 Pf., 18 Pfund 27,00 Pf., 19 Pfund 28,50 Pf., 20 Pfund 30,00 Pf., 21 Pfund 31,50 Pf., 22 Pfund 33,00 Pf., 23 Pfund 34,50 Pf., 24 Pfund 36,00 Pf., 25 Pfund 37,50 Pf., 26 Pfund 39,00 Pf., 27 Pfund 40,50 Pf., 28 Pfund 42,00 Pf., 29 Pfund 43,50 Pf., 30 Pfund 45,00 Pf., 31 Pfund 46,50 Pf., 32 Pfund 48,00 Pf., 33 Pfund 49,50 Pf., 34 Pfund 51,00 Pf., 35 Pfund 52,50 Pf., 36 Pfund 54,00 Pf., 37 Pfund 55,50 Pf., 38 Pfund 57,00 Pf., 39 Pfund 58,50 Pf., 40 Pfund 60,00 Pf., 41 Pfund 61,50 Pf., 42 Pfund 63,00 Pf., 43 Pfund 64,50 Pf., 44 Pfund 66,00 Pf., 45 Pfund 67,50 Pf., 46 Pfund 69,00 Pf., 47 Pfund 70,50 Pf., 48 Pfund 72,00 Pf., 49 Pfund 73,50 Pf., 50 Pfund 75,00 Pf., 51 Pfund 76,50 Pf., 52 Pfund 78,00 Pf., 53 Pfund 79,50 Pf., 54 Pfund 81,00 Pf., 55 Pfund 82,50 Pf., 56 Pfund 84,00 Pf., 57 Pfund 85,50 Pf., 58 Pfund 87,00 Pf., 59 Pfund 88,50 Pf., 60 Pfund 90,00 Pf., 61 Pfund 91,50 Pf., 62 Pfund 93,00 Pf., 63 Pfund 94,50 Pf., 64 Pfund 96,00 Pf., 65 Pfund 97,50 Pf., 66 Pfund 99,00 Pf., 67 Pfund 100,50 Pf., 68 Pfund 102,00 Pf., 69 Pfund 103,50 Pf., 70 Pfund 105,00 Pf., 71 Pfund 106,50 Pf., 72 Pfund 108,00 Pf., 73 Pfund 109,50 Pf., 74 Pfund 111,00 Pf., 75 Pfund 112,50 Pf., 76 Pfund 114,00 Pf., 77 Pfund 115,50 Pf., 78 Pfund 117,00 Pf., 79 Pfund 118,50 Pf., 80 Pfund 120,00 Pf., 81 Pfund 121,50 Pf., 82 Pfund 123,00 Pf., 83 Pfund 124,50 Pf., 84 Pfund 126,00 Pf., 85 Pfund 127,50 Pf., 86 Pfund 129,00 Pf., 87 Pfund 130,50 Pf., 88 Pfund 132,00 Pf., 89 Pfund 133,50 Pf., 90 Pfund 135,00 Pf., 91 Pfund 136,50 Pf., 92 Pfund 138,00 Pf., 93 Pfund 139,50 Pf., 94 Pfund 141,00 Pf., 95 Pfund 142,50 Pf., 96 Pfund 144,00 Pf., 97 Pfund 145,50 Pf., 98 Pfund 147,00 Pf., 99 Pfund 148,50 Pf., 100 Pfund 150,00 Pf.

**W. H. Müller**, Berlin 10, Weidenerstr. 10

### HONIG

gar. rein, Bienen-Wästen-Schleuder-Sonig, 1 Pfund, 10 Pf., 20 Pf., 30 Pf., 40 Pf., 50 Pf., 60 Pf., 70 Pf., 80 Pf., 90 Pf., 100 Pf., 110 Pf., 120 Pf., 130 Pf., 140 Pf., 150 Pf., 160 Pf., 170 Pf., 180 Pf., 190 Pf., 200 Pf., 210 Pf., 220 Pf., 230 Pf., 240 Pf., 250 Pf., 260 Pf., 270 Pf., 280 Pf., 290 Pf., 300 Pf., 310 Pf., 320 Pf., 330 Pf., 340 Pf., 350 Pf., 360 Pf., 370 Pf., 380 Pf., 390 Pf., 400 Pf., 410 Pf., 420 Pf., 430 Pf., 440 Pf., 450 Pf., 460 Pf., 470 Pf., 480 Pf., 490 Pf., 500 Pf., 510 Pf., 520 Pf., 530 Pf., 540 Pf., 550 Pf., 560 Pf., 570 Pf., 580 Pf., 590 Pf., 600 Pf., 610 Pf., 620 Pf., 630 Pf., 640 Pf., 650 Pf., 660 Pf., 670 Pf., 680 Pf., 690 Pf., 700 Pf., 710 Pf., 720 Pf., 730 Pf., 740 Pf., 750 Pf., 760 Pf., 770 Pf., 780 Pf., 790 Pf., 800 Pf., 810 Pf., 820 Pf., 830 Pf., 840 Pf., 850 Pf., 860 Pf., 870 Pf., 880 Pf., 890 Pf., 900 Pf., 910 Pf., 920 Pf., 930 Pf., 940 Pf., 950 Pf., 960 Pf., 970 Pf., 980 Pf., 990 Pf., 1000 Pf.

**E. G. Schmidt**, Sontagstr. n. Großmeyer, Salzschtrich (Sachsen)

### Wollsachen

werdn zu bewahren Herren- u. Damenkleider, Stoffen, Loden, Pferde-, Vieh- und Schlafdecken usw. billig umgearbeitet in der Wollweberei **Karl Mühl, Raubach 38**, Oberhessen Verlangen Sie Gratismuster

### Sprötin

gegen Fiebert, Hautjucken, Schuppen, Pityriasis, Krätze, Bienenstich, Hämorrhoiden, Das ideale Heilmittel gegen Schuppen, Krätze, Bienenstich, Hämorrhoiden, etc. Preis 1,00 Pf., 2,00 Pf., 3,00 Pf., 4,00 Pf., 5,00 Pf., 6,00 Pf., 7,00 Pf., 8,00 Pf., 9,00 Pf., 10,00 Pf., 11,00 Pf., 12,00 Pf., 13,00 Pf., 14,00 Pf., 15,00 Pf., 16,00 Pf., 17,00 Pf., 18,00 Pf., 19,00 Pf., 20,00 Pf., 21,00 Pf., 22,00 Pf., 23,00 Pf., 24,00 Pf., 25,00 Pf., 26,00 Pf., 27,00 Pf., 28,00 Pf., 29,00 Pf., 30,00 Pf., 31,00 Pf., 32,00 Pf., 33,00 Pf., 34,00 Pf., 35,00 Pf., 36,00 Pf., 37,00 Pf., 38,00 Pf., 39,00 Pf., 40,00 Pf., 41,00 Pf., 42,00 Pf., 43,00 Pf., 44,00 Pf., 45,00 Pf., 46,00 Pf., 47,00 Pf., 48,00 Pf., 49,00 Pf., 50,00 Pf., 51,00 Pf., 52,00 Pf., 53,00 Pf., 54,00 Pf., 55,00 Pf., 56,00 Pf., 57,00 Pf., 58,00 Pf., 59,00 Pf., 60,00 Pf., 61,00 Pf., 62,00 Pf., 63,00 Pf., 64,00 Pf., 65,00 Pf., 66,00 Pf., 67,00 Pf., 68,00 Pf., 69,00 Pf., 70,00 Pf., 71,00 Pf., 72,00 Pf., 73,00 Pf., 74,00 Pf., 75,00 Pf., 76,00 Pf., 77,00 Pf., 78,00 Pf., 79,00 Pf., 80,00 Pf., 81,00 Pf., 82,00 Pf., 83,00 Pf., 84,00 Pf., 85,00 Pf., 86,00 Pf., 87,00 Pf., 88,00 Pf., 89,00 Pf., 90,00 Pf., 91,00 Pf., 92,00 Pf., 93,00 Pf., 94,00 Pf., 95,00 Pf., 96,00 Pf., 97,00 Pf., 98,00 Pf., 99,00 Pf., 1000 Pf.

**W. H. Müller**, Berlin 10, Weidenerstr. 10

### Futterale

für Mitgliedsbücher Preis 20 Pf.

**H. H. Müller**, Berlin 10, Weidenerstr. 10

### Bienen-Honig

auf Reinheit und Güte von einem beliebigen Bundes-Gewerkschaftler, liefert in stets erster Qualität den 10 Pf. Liter zu M. 10,70, 5 Pf. Liter zu M. 6,20, 3 Pf. Liter zu M. 3,70, 1 Pf. Liter zu M. 1,20.

**Walker & Co. Samenbau**, Erfurt B. Verlangen Sie heute noch kostenfreie Zusendung dieses Katalogs, damit Sie ihn gemächlich studieren können. Ein Vergnügen u. dennoch rentabel für Sie!

### Er ist da!

Von wieviel Tausenden wohl schmerzhaft erwartet? Sie werden staunen, was er Ihnen Schönes und Preiswertes bringt. Der neue, reich illustrierte Hauptkatalog der Fa. **Walker & Co. Samenbau**, Erfurt B. Verlangen Sie heute noch kostenfreie Zusendung dieses Katalogs, damit Sie ihn gemächlich studieren können. Ein Vergnügen u. dennoch rentabel für Sie!

### Wurst

la. Holstein. Gervelat-Salami u. Fleisch. (Sandwich-Dauerwurst) 5 Pf. 0,50 u. 9 Pf. 18,20, frei Haus Nachnahme

**Klunder & Co.**, Brestorf (Gollte) 60.

# An unsere Mitglieder!

## Erste Tagung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitsverwaltung.

Während bald nach Inkrafttreten des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bereits ein vorläufiger Vorstand gebildet wurde, ist der Verwaltungsrat der Reichsanstalt erst seit kurzem bestellt. Am 13. und 14. Dezember hielt dieser neugebildete Verwaltungsrat seine erste Tagung ab, eine stark besuchte Tagung, da außer den ordentlichen Vertretern (je 16 Vertreter der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der öffentlichen Körperschaften) sich auch zahlreiche Stellvertreter eingefunden hatten.

Der Reichsarbeitsminister begrüßte den Verwaltungsrat mit einer Ansprache, in der er auf die Entwicklung des Arbeitsnachweises und der Arbeitslosenversicherung hinwies, die nun in dem neuen Gesetz und der durch dieses geschaffenen Reichsanstalt einen grundsätzlichen Abschluß gefunden haben. Nachdem berichtet der Präsident der Reichsanstalt, Dr. Stryu, über die Entwicklung des Arbeitsmarktes und über die bisherige Tätigkeit des vorläufigen Vorstandes. Finanziell ist die Lage der Reichsanstalt zurzeit nicht gerade schlecht, da der erforderliche Posten, aus dem 600 000 Arbeitslose drei Monate lang unterstützt werden können (etwa 150 000 Millionen Mark) annähernd aufgefüllt ist. Trotzdem wird die Reichsanstalt im kommenden Winter keine Befreiung des zurzeit geltenden Beitrages von 3 Prozent des Verdienstes für Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen zulassen können, da in den kommenden Monaten das Beitragsaufkommen nicht zur Deckung der steigenden Anforderungen ausreichen dürfte.

# Kameraden!

Wir machen darauf aufmerksam, dass die für das Jahr 1927 gebräuchlichen Beitragsmarken am Schluss des Jahres ihre Gültigkeit verlieren und eingezogen werden. Die für das Jahr 1927 fälligen Beiträge müssen deshalb bis zum Jahresschluß gegen Quittungsleistung von alten Marken entrichtet werden.

Die Ortsverwaltungen sind verpflichtet, die alten Marken mit der Dezember-Abrechnung einzusenden. Die für 1928 zur Herausgabe gelangenden andersfarbigen Beitragsmarken werden den Ortsverwaltungen bis zum Jahresschluss zugestellt.

Auf der Tagesordnung standen eine Reihe von wichtigen Fragen, so die Aufstellung der Vorschlagslisten für die Bestellung des endgültigen Vorstandes. Als Arbeitnehmervertreter wurden vorgeschlagen: Spliedt vom ADW, Vöhrte vom Landesarbeiterverband, Schröder vom ADW-Bund, Fel. Meinet vom Deutschen Gewerkschaftsbund, Fr. Kellerberg vom Gewerkschaftsbund. — Als Stellvertreter wurden benannt: Janschel vom Verband der Bergarbeiter Deutschlands, dann als Nachfolger für den verstorbenen Kollegen Silberstein Dr. J. Müller vom Bauarbeiterverband, Ferner St. J. vom ADW-Bund, Kreil vom Deutschen Gewerkschaftsbund, Bacher vom Gewerkschaftsbund.

Der endgültige Vorstand soll alsbald durch den Reichsarbeitsminister berufen werden. Es erfolgte sodann die Wahl von vier Unterausschüssen, und zwar: 1. für allgemeine Verwaltung, 2. für Arbeitsvermittlung, 3. für Berufsberatung, 4. für Arbeitslosenversicherung. In den ersten drei Ausschüssen wirken außer den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer auch Vertreter der öffentlichen Körperschaften mit. Der Ausschuss für Arbeitslosenversicherung besteht nur aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wird jedoch, soweit er sich mit Fragen der Krisenunterstützung beschäftigt, durch Vertreter der öffentlichen Körperschaften ergänzt.

Die freigewerkschaftlichen Vertreter im Verwaltungsrat sind: Dr. Broeder vom ADW, Kwasnik vom Landesarbeiterverband, Gertrud Hanna, Böcker, Krudt, Hein, Kupfer, Weimer, Mertins, sämtlich vom ADW, Dr. Croner vom ADW-Bund. — Als Stellvertreter wirken mit: Jahn vom Holzarbeiterverband, Bollmershaus vom ADW, Eise Keviera vom Zettlarbeiterverband, Leuschner,

Wierich, Jabel, Hartmann, Brenneke, Bernick vom ADW, Dr. Pfirrmann vom ADW-Bund.

Die Vertreter der freien Gewerkschaften sind in sämtlichen Ausschüssen mit mehreren Sätzen vertreten. Den Ausschüssen wurden mehrere wichtige Arbeiten zugewiesen, so der Stellenplan für die Hauptstelle und die Vorsitzenden der Landesarbeitsämter, das Dienstrecht der Beamten und Angestellten der Reichsanstalt sowie einige Beschwerden gegen Entscheidungen des vorläufigen Vorstandes. Ferner wurden in den Ausschüssen noch einige Fragen aus der Arbeitslosenversicherung erörtert.

In der zweiten Plenarsitzung am 14. Dezember erstatteten die Ausschüsse Bericht. Ihren Beschlüssen wurde zugestimmt. Der Stellenplan und das Dienstrecht sind also verabschiedet. Die Beschwerden gegen die Beschlüsse des Vorstandes, das Landesarbeitsamt Mitteldeutschland nach Erfurt und das Landesarbeitsamt Rheinland von Düsseldorf nach Köln zu verlegen, wurden abgelehnt. Erfurt und Köln sind somit endgültig zum Sitz dieser beiden Landesarbeitsämter bestimmt.

Der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse haben in ihren erstmaligen Tagungen ein erhebliches Stück Arbeit geleistet. Es zeigte sich, daß trotz stark voneinander abweichender Auffassungen der einzelnen Gruppen der Wille zur Zusammenarbeit bei allen Teilen vorhanden ist. Die kommenden Monate werden an den Verwaltungsrat wie auch an den endgültigen Vorstand noch sehr viele außerordentlich schwierige Entscheidungen herandrängen. Und die Vertreter der Gewerkschaften werden darum hohe sachliche und zeitliche Anforderungen gestellt werden müssen. Die erste Tagung hat aber bereits gezeigt, daß die Vertreter ihre Aufgaben so ernst nehmen, wie es der Bedeutung einer Selbstverwaltung gerade in Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung entspricht.

## Uhren am besten vom Nachmann!

Nr. 20, Herren-Ankeruhr, vermindert, 3,90 Mk. Nr. 82, bessere Ausführung 4,50 Mk. Nr. 50 mit Goldrand 5,- Mk., bessere Ausführung 6,50 Mk., mit Sprungdeckel, v. r. goldbl. 9,50 Mk., Armbanduhr 6,50 Mk., Schweizer 12,- Mk., Silber 18,- Mk., Damen-Armbanduhr 8,50 Mk., in Silber 14,50 und 18,- Mk., nachts leuchtend 0,40 Mk. mehr, Kapfen und Ketten von 0,25 bis 5,- Mk. Langer Garantiechein. Versand Nachnahme. Preisliste gratis.

A. Hochstein, Meiningen (Thür.) Uhrmachermeister, Abt. 109.



die Marke der organisierten Verbraucher.  
**Gillis, Schmackhaft und gut.**  
Gewerkschafter, fordert nur  
**G&G-Kautabak**  
in euerm Konsumverein!

## Mäntel

Herren-Laden-, Gummi-, Herbst- u. Wintermäntel, Anzüge (Sport, Straße u. Abend, Windjacken, Damendmäntel u. Schuhtel).  
Stiefel für **5 Tage zur Probe** mit bedingungslosem Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen, um Güte u. Preiswürdigkeit unbeeinträchtigt prüfen zu lassen b. angem. Anz. gegen bequ. Wochenzahlung von nur G.M. 1,- an. Veri. Sie sol. illust. Prospekt mit Preisliste gratis u. frei. **Walter H. Garz, Berlin S. 42, Postfach 928M** in Berlin Besuch erbeten Alex. rinnenr. 97.  
Zweigniederl. in N.O.N., Priesenplatz 16.

## lustige Gesellschaft steckt an!

Sie finden sie in unserem **Lustigen Buche des Humors.**  
Dasselbe enthält die kapitalsten neuesten Witze, Vorträge und Couplets. Sie werden sich totlachen. Sie können überall tosende Lachsalven hervorrufen! Dies Buch schafft Ihnen viele Stunden der Lust und Laune und macht Sie zum beliebtesten Gesellschaftler. Preis M. 1,80.  
Kongress-Verlag, Abt. 109, Dresden-A., Marschallstr. 27.

## Die ideale Bettfüllung

**Monopoldunen**  
echt chinesis. (ges. gesch.)  
Pfund M. 8,50  
3-4 Pfd. zum Oberbett.  
Versand geg. Nachn.  
Proben u. Preisliste kostenlos.  
**Bettfedern-Fabrik**  
**Gustav Lustig**  
Berlin S., Prinzenstr. 48  
Größtes Bettfed.-u. Kissen-Spezial-Gesch. Dtschls.

## Direkter Bezug ab Fabrik

verbilligt!  
**VERSAND NUR DIREKT AN PRIVATE**  
GRÖßTER HAUPTKATALOG UNTER AN JEDERMANN KOSTENFREI VERSANDT  
AUFTRÄGE ÜBER M. 10,- INNERHALB DEUTSCHLANDS PORTOFREI!  
JEDES INSTRUMENT STAGE ZUR PROBE  
CA. 10000 (IM VORGANGENEN JAHRE VERKAUFTE INSTRUMENTE SOWIE ÜBER 14000 ANTL. BEG. DAMENHÄNDEN AUS MUSIKALISCHEN GEWERKEN SCHLIEßEND UNSERE LEISTUNGSFÄHIGKEIT NACHZUWEISEN IN BEZUG AUF KONSTR. BEWEISUNG UNTERSTÜTZUNG  
**GRÖßTES MUSIKINSTRUMENTEN-VERSANDGESCH. DEUTSCHLANDS**  
**TRANEL & HEROLD-KLINGENTHAL Nr. 146**  
MUSIKINSTRUMENTE - SPEZIALAPPARATE - U. HARMONIKAFABRIK

Konkurrenzlos mit Garantiechein für ein Jahr!  
**Gute Taschenuhr nur 2,50 RM.**  
Nr. 3, Deutsche Herren Anker-Uhr, Schwind, genau regul. Werk, la. pers. nur 2,50 RM. Nr. 4 mit Goldrand, Schwiner, Qualität 3,50 RM. Nr. 4b ganz verguldet 4,40 RM. Nr. 5 dieselbe mit bestem Werk, keine. Höhe vom 4,80 RM. Nr. 6 Sprungdeckel-Uhr, 3 Fäden verguldet, höchste Uhr, 8,00 RM. Nr. 7 Damenuhr, fast verloren, 2 Goldfäden 3,50 RM. Nr. 8 Herrenuhr mit Lederriemen 5,50 RM. Silberfäden 0,30 RM. Doppelkette, echt verguldet 1,20 RM. Kapsel 0,20 RM. Versand gegen Nachnahme. Katalog gratis.

## Anzug-, Paletot- und Damen-STOFFE

liefern direkt an Private  
**Schwetasch & Seidel G. m. b. H., Tuchfabrik, Spremberg-L. 45.**  
Verlangen Sie Muster franko gegen franko.

Seit 20 Jahren Qualitäts-Musikinstrumente zu konkurrenzlos billigen Preisen in gr. Ausw.  
**Woll & Comp., Klingenthal Sa. Nr. 687**  
Gr. Katalog ums. Aufträge v. Mk. 10,- an portofrei. Schallplatten Mk. 1,50 p. St. Auf Wunsch Teilzahl!

Inserate i. d. Bergarb.-Ztg. bringen Erfolg!

## Teilzahlung!

Wir liefern nach allen Orten zu billigen Preisen: **Sprechapparate und Schallplatten, Mandolinen, Gitarren, Violinen, Harmonikas, Bandonions, Jazzband-Instrumente, Saiteninstrumente, Wanduhren, Armbanduhren, Taschenuhren.**  
**Wochenrate von 1 Mark an.**  
Verlangen Sie sofort gratis und franko unseren reichhaltigen, illustrierten Katalog Nr. 22.  
**Paul Sommer, Halle a. S. Leipzigerstr. 14**

12 Jahre Garantie  
**61**  
an  
Bifinger-Geb. Kassel 12

6,50 RM. per Nachnahme  
braun u. schwarz  
**Nappa-ledermütze**  
Konkurrenzloses Fabrikat, desfalls bedingungsloses Rücksendungsrecht!  
Katalog f. Mäntel, Lederhütten, Lederhosen gratis.  
**Guido Schauenburg, Arnstadt IV.**

## Qualitäts-Beiten

es gibt keine bessere  
gute Beiten 17,50  
in der "Kasseler". Mit chert u. d. Kissen mit 15 Pfd. zu weicher Fed. rillen 3,50, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50, 8,50, 9,50, 10,50, 11,50, 12,50, 13,50, 14,50, 15,50, 16,50, 17,50, 18,50, 19,50, 20,50.  
**Beitfedern**  
zurück ich: Für 1000 95 Pfd., besser re. Qualität 1,50, ganz geschlossene Feder 2,50, ganz offene Feder 3,25, weiche Beiten 4,75, extra aus gewickelt 6,50, ganz offen 8,50, weiche Beiten 11,50 per Pfd. G. als Sprungdeckel u. d. 16,50, 18,50, 22 RM. Vers u. her ganz Deutschlands Meister und Preislich gratis. Nichtgefallen: Umst. i. oder Geld zurück, aber kein Rückb.  
Kasseler Beitenfabr. A. H. Fr. Kassel, Kassel 59

## Handwagen stark gebaut

Länge 90 cm. Einz. 3-4 Jhr. RM. 19,-  
Einz. 100 cm. Einz. 4-5 Jhr. RM. 23,-  
Einz. 110 cm. Einz. 5-6 Jhr. RM. 24,-  
Einz. 120 cm. Einz. 6-7 Jhr. RM. 28,-  
Koffertwagen je 3 RM. mehr franko.  
Postfach 103112, Weing. Göttingen.  
**Jos. Abel, Bersch-Geisa (Thüringen)**

## Sprechmaschinen

in allen Preislagen.  
Lieferung überallhin bei geringer Abzahlung, Rest gegen bequeme **Wochen-Raten** von **1,- Mk. an.**  
**Spielwaren**  
in grosser Auswahl  
**"Hannibal"-Gesellschaft, Halle-S. 168**  
Katalog gratis und franko.

## HONIG

gar reiner Bienen-HONIG  
Schlehdornhonig, 1000g  
Güter Nr. 10,- halber  
5,75 kein Wachs hinzugef. auf meine Kosten gratis.  
**Simons sen., Jüchen B 2 (Rheinl.)**

Lassen Sie sich nicht verblüffen durch marktschreierische Reklame sondern verlangen Sie, wenn Sie ein **Fahrrad, Nähmaschine** oder **Sprechmaschine** benötigen, unseren Katalog gratis und franko.  
**Fahrradhaus Frisch auf, Offenbach a. M.**  
Eigentum des Arbeiter-Radfahrer-Bundes Solidarität.

**GRATIS**  
Preisliste 8 sendet  
**Gummi-Medien, Berlin SW 68,**  
Alte Jacobsstrasse 8.

Sage jedem gerne, wo ich mich vor 4 Jahren in 2 Tagen fürgeres neu wieder  
**+ Gallensteinen +**  
besucht. Frau Wolmeyer, Köln, Bonaparte 78/6.

## Laubfägerei

Kerbschnitt und Holzbrand  
Bergische Holz-Verlag in  
groß. Inst. Hll. Katalog gratis.  
**J. Brendel, Mutterstadt 26/Platz**

## Thüringer Pflannenmus,

garantiert reine, gesunde, frische Qualität, 10-Pfund-Güter Nr. 3,75 ab hier.  
**Otto Ritter, Pflannenmusfabr., Schölkau 13/63**

# Größte Produktion der Welt!

# SALEM ZIGARETTEN

Die Lieblingsmarken der breiten Volksschichten, in allen Sorten unübertroffene Höchstleistungen.

Vortrefflich bis zum letzten Zug!

# OPPEL